



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Französische Gelbbuch von 1914 [neunzehnhundertvierzehn]

Wegerer, Alfred von

Berlin, 1927

IV. Abschnitt Von der Abbrechung der diplomatischen Beziehungen (25. Juli 1914) bis zur Kriegserklärung (28. Juli 1914) Österreichs an Serbien.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-74580](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-74580)

IV. Abschnitt

Von der Abbrechung der diplomatischen Beziehungen

(25. Juli 1914)

bis zu Österreichs Kriegserklärung an Serbien

(28. Juli 1914)

Nr. 50

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,
an den Ministerpräsidenten (an Bord der „France“) und an die
Herren französischen Botschafter in London, Petersburg, Berlin,
Wien und Rom*

Paris, den 26. Juli 1914

Man kann die Ereignisse vom Samstag folgendermaßen zusammenfassen: Weigerung Österreichs, der von Rußland nachgesuchten Verlängerung der Frist zuzustimmen. — Abreise des österreichischen Gesandten von Belgrad nach Übergabe einer für ungenügend erachteten Antwort Serbiens, obgleich sie die Grenze der als möglich erachteten Zugeständnisse erreicht hatte. — Mobilisationsbefehl in Serbien, dessen Regierung sich nach Kragujevac zurückgezogen hat, wohin ihr die französischen und russischen Gesandten gefolgt sind.

Die italienische Regierung, der die österreichische Note am Freitag ohne Bitte um Unterstützung oder nur Meinungsäußerung mitgeteilt wurde, hat, in Abwesenheit des Marchese di San Giuliano, der erst Dienstag zurückkehrt, auf die Anregung der russischen Regierung nicht antworten können, die auf eine Verlängerung der Frist in Wien hinzuwirken vorschlug. Es geht aus einer vertraulichen Mitteilung des italienischen Botschafters an Herrn Paléologue hervor, daß man sich in Wien weiter in dem Glauben wiegt, Rußland werde nicht standhalten*. Man darf nicht vergessen, daß Italien nur dann an die Verpflichtungen des Dreibundes gebunden ist, wenn es vorher befragt worden ist.

* Das entsprechende Telegramm Paléologues an Bienvenu-Martin fehlt im französischen Gelbbuch von 1914.

Aus Petersburg hören wir, daß Herr Sasonow Serbien geraten hat, die englische Vermittlung anzurufen. Im Ministerrate vom 25., der im Beisein des Kaisers abgehalten wurde, ist die Mobilisation der dreizehn Armeekorps, die gegebenenfalls gegen Österreich vorzugehen bestimmt sind, ins Auge gefaßt worden. Diese Mobilisation würde jedoch nur ausgeführt, wenn Österreich Serbien mit Waffengewalt zwingen wollte*, und nur nach Einholung der Ansicht des Ministers des Äußern, dem die Aufgabe zufällt, das Datum festzusetzen, wobei ihm freisteht, die Verhandlungen selbst in dem Falle fortzuführen, daß Belgrad besetzt würde. Die russische öffentliche Meinung gibt der politischen und moralischen Unmöglichkeit für Rußland Ausdruck, Serbien zertreten zu lassen.

In London ist die deutsche Demarche in denselben Ausdrücken wie durch Freiherrn von Schoen in Paris erfolgt. Sir E. Grey hat dem Fürsten Lichnowsky geantwortet, daß keine Macht in Europa einem etwaigen Ausbruche des Krieges gegenüber gleichgültig bleiben könnte. Er hat das nicht genauer ausgeführt und dem serbischen Gesandten gegenüber eine sehr zurückhaltende Sprache geführt. Die am Abend des 25. vom österreichischen Botschafter gemachte Mitteilung hat Sir E. Grey optimistischer gestimmt; da die Abbrechung der diplomatischen Beziehungen nicht unmittelbar militärische Operationen nach sich ziehen soll, ist der Staatssekretär geneigt, noch zu hoffen, daß die Mächte Zeit zur Intervention haben werden.

In Berlin ist die Sprache, die der Staatssekretär dem russischen Geschäftsträger gegenüber geführt hat, wenig befriedigend und hinhaltend. Als ihn dieser bat, sich einem Vorgehen in Wien für eine Verlängerung der Frist anzuschließen, hat er geantwortet, daß er schon in diesem Sinne tätig gewesen sei, daß es aber zu spät sei. Auf die Bitte, eine Frist zum Aufschub der Exekutionen zu erwirken, hat er erwidert, es handle sich um eine innere Frage und nicht um einen Krieg, sondern um eine lokale Strafvollziehung. Herr von Jagow gibt vor, nicht zu glauben, daß die österreichische Aktion allgemeine Folgen nach sich ziehen könnte.

Es vollzieht sich in Berlin eine wahre Explosion von Chauvinismus. Der deutsche Kaiser kehrt direkt nach Kiel zurück. Herr Jules Cambon meint, daß Deutschland auf die ersten militärischen Maßnahmen Rußlands sofort antworten und wahrscheinlich keinen Vorwand erst abwarten würde, um uns anzugreifen.

In Wien hat der französische Botschafter nicht Zeit gehabt, sich dem Vorgehen seines russischen Kollegen anzuschließen, um eine Verlängerung der für Serbien festgesetzten Frist zu erwirken. Er bedauert es nicht, da dieser Schritt nachdrücklich zurückgewiesen wurde und England auch nicht mehr Zeit hatte, seinem Vertreter bezügliche Weisungen zu erteilen.

* „... si l'Autriche contraignait la Serbie par la force des armes ...“ (Anmerkung des französischen Gelbbuchs von 1914.)

Eine Note der englischen Botschaft wurde mir übergeben* ; sie berichtet über die Konferenz des englischen Botschafters in Petersburg mit Herrn Sasonow und Herrn Paléologue. Sir Ed. Grey meint, daß die vier nicht beteiligten Mächte bei Rußland und Österreich darauf bestehen sollten, daß ihre Armeen die Grenzen nicht überschreiten und England, Frankreich, Deutschland und Italien Zeit lassen, ihre Vermittlung auszuführen. Wenn Deutschland annimmt, hat die englische Regierung Gründe zu der Annahme, daß Italien glücklich sein würde, sich ebenfalls der gemeinsamen Aktion von England und Frankreich anzuschließen. Der Anschluß Deutschlands ist wesentlich, denn Österreich würde ebensowenig als Rußland eine andere Einmischung als die von unparteiischen Freunden oder von Verbündeten dulden.

Bienvenu-Martin

Nr. 51

*Herr Barrère, französischer Botschafter in Rom,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Rom, den 26. Juli 1914

Ein soeben in der Consulta eingetroffenes Telegramm aus Wien berichtet, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Serbien Tatsache ist, und daß Österreich zu militärischen Maßnahmen schreitet.

Der Marchese di San Giuliano, der sich in Fiuggi befindet, wird erst übermorgen nach Rom zurückkehren.

Ich hatte heute mit dem Ministerpräsidenten ein interessantes Gespräch über die Lage, deren Ernst er anerkennt. Aus allen seinen Äußerungen habe ich den Eindruck gewonnen, daß sich die italienische Regierung im Falle eines Konflikts abseits halten und eine beobachtende Haltung einnehmen wolle.

Herr Salandra hat mir in dieser Hinsicht gesagt: „Wir werden die größten Anstrengungen machen, um zu verhindern, daß der Friede gestört wird: Unsere Lage ist der Englands etwas ähnlich. Vielleicht könnten wir mit den Engländern zusammen etwas für den Frieden tun.“ Herr Salandra hat mir bestätigt, daß die österreichische Note in letzter Stunde in Rom mitgeteilt wurde.

Barrère

* Diese Note der englischen Botschaft ist in der Anlage 1 des französischen Gelb-
buches veröffentlicht worden, aber unter Auslassung des Schlußsatzes, der nach Blau-
buch 6 folgenden Wortlaut hat:

„Nach der Sprache des französischen Botschafters scheint aber, daß Frank-
reich und Rußland, selbst, wenn wir ablehnen, mit ihnen gemeinsame Sache zu
machen, entschlossen sind, sich stark zur Wehr zu setzen.“

Nr. 52

*Herr Barrère, französischer Botschafter in Rom,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Rom, den 26. Juli 1914

Herr Sasonow hat gestern dem italienischen Botschafter in Petersburg gesagt, Rußland würde sich aller diplomatischen Mittel bedienen, um den Konflikt zu vermeiden, und es lasse die Hoffnung nicht fallen, daß eine Vermittlung Österreich zu einer weniger unversöhnlichen Haltung bewegen könne, aber man könne von ihm doch nicht verlangen, Serbien zertreten zu lassen.

Ich bemerke, daß der größte Teil der italienischen öffentlichen Meinung in dieser ernsten Angelegenheit Österreich feindlich gesinnt ist.

Barrère

Nr. 53

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,
an Herrn de Fleuriau, Geschäftsträger in London*

Paris, den 26. Juli 1914

Herr Paléologue richtet folgendes Telegramm an mich: „Herr Sasonow rät der serbischen Regierung, die Vermittlung der englischen Regierung anzurufen.“

In Übereinstimmung mit Herrn Paul Cambon* glaube ich, daß die französische Regierung nur die Hoffnung aussprechen kann, die englische Regierung möge annehmen, wenn ihr ein derartiges Anerbieten gemacht würde.

Wollen Sie sich in diesem Sinne im Foreign Office aussprechen.

Bienvenu-Martin

Nr. 54

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

St. Petersburg, den 26. Juli 1914

Der Minister des Äußern fährt mit einer löblichen Beharrlichkeit fort, Mittel zu suchen, um einer friedlichen Lösung die Oberhand zu verschaffen. „Bis zum letzten Augenblicke,“ erklärte er mir, „werde ich mich zu Verhandlungen bereit zeigen.“

* Paul Cambon, der französische Botschafter in London, weilte vom 25.—27. Juli in Paris.

Von diesem Gedanken geleitet, hat er soeben den Grafen Szapary zu einer „offenen und loyalen Auseinandersetzung“ zu sich bitten lassen. Artikel für Artikel hat Herr Sasonow mit ihm das österreichisch-ungarische Ultimatum kommentiert, wobei er den verletzenden Charakter der Hauptforderungen hervorhob. „Die Absicht, unter dessen Einfluß das Dokument entstanden ist,“ sagte er, „ist berechtigt, wenn Sie nur den Zweck verfolgt haben, Ihr Gebiet gegen die Anschläge der serbischen Anarchisten zu schützen; aber das Verfahren, welches Sie eingeschlagen haben, ist nicht zu verteidigen.“ Er schloß mit den Worten: „Nehmen Sie Ihr Ultimatum zurück, mäßigen Sie dessen Form, und ich garantiere Ihnen für das Resultat.“

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat sich von dieser Sprache bewegt gezeigt; immerhin hält er, in Erwartung von Weisungen an der Ansicht seiner Regierung fest. Ohne sich entmutigen zu lassen, hat Herr Sasonow sich entschlossen, noch heute abend dem Grafen Berchtold die Eröffnung einer direkten Verhandlung zwischen Wien und Petersburg über die Veränderungen vorzuschlagen, welche an dem Ultimatum vorzunehmen wären.

Diese freundschaftliche und offiziöse Vermittlung Rußlands zwischen Österreich und Serbien hat den Vorzug eines schleunigen Verfahrens. Ich glaube deshalb, daß sie jedem anderen Vorgehen vorzuziehen ist und geeignet ist, zum Ziele zu führen.

Paléologue

Nr. 55

*Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Wien, den 26. Juli 1914

Herr Schebeko ist plötzlich von einer Reise nach Rußland zurückgekehrt; er hatte sie erst nach der vom Grafen Berchtold gegebenen Versicherung, daß die an Serbien gerichteten Forderungen höchst annehmbar sein würden, angetreten.

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg hatte am Tage vor der Übergabe der Note mit Herrn Sasonow in demselben Sinne gesprochen. Dieses Vorgehen, das bei der Diplomatie der Monarchie sehr gebräuchlich ist und dessen sich auch Freiherr Macchio gegen mich bedient hatte, scheint viel zu der Gereiztheit der russischen Regierung beigetragen zu haben.

Herr Schebeko wird sich jedoch bemühen, die für die Mobilisation unentbehrliche Frist zu benutzen, um den Vorschlag eines Übereinkommens anzuregen, welches wenigstens den Vorteil haben wird, einen Gradmesser für den Wert der friedliebenden Erklärungen Deutschlands zu geben.

77

Während wir heute abend zusammen mit Sir M. de Bunsen darüber beratschlagten, erhielt dieser Weisungen vom Foreign Office hinsichtlich des von den Vertretern der vier weniger direkt beteiligten Mächte zu versuchenden Schrittes. Ich erwarte also für morgen eine Besprechung mit dem Herzog von Avarna und mit Herrn von Tschirschky, welcher letzterer sich, wie fast sicher ist, hinter dem Grundsatz der lokalen Beschränkung des Konfliktes verschanzen wird, um seine Mitarbeit zu verweigern.

Mein Eindruck ist übrigens, daß sich die österreichisch-ungarische Regierung, obgleich überrascht über die ihr eingehauchte Tatkraft und sie vielleicht bedauernd, verpflichtet glauben wird, die militärische Aktion zu beginnen.

Dumaine

Nr. 56

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,
an den Ministerpräsidenten (an Bord der „France“)
und an die Herren französischen Botschafter in London,
St. Petersburg, Wien und Rom*

Paris, den 26. Juli 1914

Die Zusammenfassung der serbischen Antwort auf die österreichische Note ist uns erst mit zwanzig Stunden Verspätung zugegangen. Obgleich die serbische Regierung bis auf zwei kleine Vorbehalte in allen Punkten nachgegeben hatte, hat der österreichisch-ungarische Gesandte die Beziehungen abgebrochen und damit den von seiner Regierung vorgefaßten Willen bekundet, zur Exekution gegen Serbien zu schreiten.

Nach einem Telegramm des Herrn Jules Cambon hat der britische Botschafter das Gefühl einer leichten Neigung zur Nachgiebigkeit. Als er zu Herrn von Jagow bemerkte, daß Sir Ed. Grey ihn nicht bäte, zwischen Österreich und Serbien zu vermitteln, sondern, da die Frage nicht mehr örtlich beschränkt sei, mit England, Frankreich und Italien in Wien und Petersburg zu intervenieren, erklärte der Staatssekretär, er würde sein möglichstes tun, um den Frieden zu erhalten.

Im Verlaufe einer Unterredung zwischen Herrn Barrère und dem Generalsekretär im italienischen Ministerium des Äußern hat dieser erklärt, daß die italienische Regierung wahrscheinlich die österreichische Note nicht gebilligt haben würde. Da sie ihr aber nicht vorher mitgeteilt worden sei, fühle sie sich dadurch von jeder Verantwortlichkeit für die ernste von Österreich ergriffene Initiative frei.

Der deutsche Botschafter kam heute nachmittag zu mir, um mir eine Mitteilung zu machen, die eine Intervention Frankreichs bei Rußland im Sinne des Friedens anstrebt. Österreich, sagte er mir, habe Rußland erklären lassen, daß es weder eine Gebietsvergrößerung, noch einen Angriff

gegen die Integrität des Königreichs Serbien anstrebe, seine einzige Absicht sei, seine eigene Ruhe zu sichern und polizeiliche Aufsicht zu üben. Von den Entscheidungen Rußlands hänge es ab, ob der Krieg vermieden werde. Deutschland fühle sich mit Frankreich in dem heißen Wunsche solidarisch, daß der Frieden aufrecht erhalten bleibe, und habe die feste Hoffnung, daß Frankreich von seinem Einflusse in Petersburg in besänftigendem Sinne Gebrauch machen werde.

Ich habe auf diese Anregung erwidert, daß Rußland gemäßigt sei, daß es nichts getan habe, was einen Zweifel an seiner Mäßigung gestatte, und daß wir mit ihm übereinstimmen, eine friedliche Lösung dieses Konfliktes zu suchen. Es schiene uns also, daß Deutschland als Gegenpartie in Wien, wo die Wirksamkeit seiner Bemühungen sicher sei, tätig sein müsse, um die militärischen Vorkehrungen, die die Besetzung von Serbien anstrebten, zu vermeiden.

Da der Botschafter mir sagte, daß dies mit dem von Deutschland eingenommenen Standpunkt unvereinbar sei, „daß die Frage nur Österreich und Serbien angehe“, sagte ich ihm, daß die Vermittlung in Wien und in Petersburg von den vier anderen, weniger an der Frage beteiligten Mächten, geschehen könne.

Herr von Schoen verschanzte sich dann hinter die mangelnden diesbezüglichen Instruktionen, und ich sagte ihm, daß ich unter diesen Bedingungen nicht in der Lage sei, in Petersburg allein eine Aktion zu unternehmen.

Die Unterhaltung endigte mit der vom Botschafter erneuerten Versicherung der friedlichen Absichten Deutschlands, das er in diesem Punkte mit Frankreich solidarisch erklärte.

Bienvenu-Martin

Nr. 57

Note für den Minister

Sonntag abend, den 26. Juli 1914

Nach dem Besuch, den er um 5 Uhr nachmittags dem Minister gemacht hatte, hat sich Freiherr von Schoen heute abend um 7 Uhr zu der politischen Abteilung mit dem Ersuchen begeben, es möchte der Presse, um tendenziöse Zeitungskommentare wie die des „Echo de Paris“ vom Abend zuvor zu vermeiden und um den Zweck der Schritte der deutschen Regierung genau festzustellen, eine kurze Mitteilung über die Zusammenkunft des deutschen Botschafters und des Ministers des Äußern gegeben werden.

Herr von Schoen schlug, um seinen Gedankengang näher zu präzisieren, folgenden Wortlaut vor, den der stellvertretende politische Direktor nach seinem Diktat zu Papier brachte: „Der deutsche Botschafter und der Minister des Äußern haben am Nachmittag eine neue Unterredung ge-

habt, in deren Verlauf sie im freundschaftlichsten Geiste und im Gefühle friedlicher Solidarität die Mittel prüften, die angewandt werden könnten, um den allgemeinen Frieden zu erhalten.“

Der stellvertretende politische Direktor antwortete sogleich: „So ist also nach Ihrer Ansicht alles geregelt, und Sie bringen uns die Versicherung, daß Österreich die serbische Note annimmt oder sich hierüber in Verhandlungen mit den Mächten einlassen wird?“ Da der Botschafter überrascht schien und lebhaft verneinte, wurde ihm auseinandergesetzt, daß der vorgeschlagene Wortlaut der „Mitteilung an die Presse“, wenn sich in der ablehnenden Haltung Deutschlands nichts geändert habe, zu weit ginge und geeignet sei, die französische öffentliche Meinung in eine falsche Sicherheit zu wiegen, indem sie Illusionen über die wirkliche Lage wachriefe, deren Gefahren nur zu deutlich seien.

Auf die Versicherungen über seinen optimistischen Eindruck, mit welchen der deutsche Botschafter ihn überschüttete, fragte der stellvertretende politische Direktor, ob er ihm erlaube, ganz persönlich und vertraulich, Mann zu Mann, ganz ungebunden und ohne Rücksicht auf ihre beiderseitige Stellung, zu ihm zu sprechen. Freiherr von Schoen bat ihn, das zu tun.

Herr Berthelot sagte darauf, daß für jeden Unbefangenen die Haltung Deutschlands nicht verständlich sei, wenn sie nicht auf den Krieg abziele; eine rein sachliche Beurteilung der Tatsachen und die Psychologie der österreichisch-deutschen Beziehungen führten logischerweise zu diesem Schlusse. Bei der wiederholten Versicherung, daß Deutschland den Inhalt der österreichischen Note nicht gekannt habe, sei es nicht mehr erlaubt, Zweifel über diesen Punkt zu erheben. Sei es jedoch wahrscheinlich, daß sich Deutschland mit geschlossenen Augen in solchem Abenteuer an die Seite Österreichs gestellt haben sollte? Gestatte die Psychologie aller vergangenen Beziehungen zwischen Wien und Berlin die Annahme, daß Österreich eine Stellung ohne Vorbehalt eines Rückzugs angenommen hätte, wenn es nicht vorher mit seinem Verbündeten alle Folgen seiner Unnachgiebigkeit erwogen hätte? Wie überraschend erscheine die Weigerung Deutschlands, in Wien einen Vermittlungsvorschlag zu machen, jetzt, wo es den ungewöhnlichen Wortlaut der österreichischen Note kenne! Welche Verantwortlichkeit würde die deutsche Regierung übernehmen und welcher Verdacht würde auf ihr lasten, wenn sie dabei bliebe, sich nach der sozusagen unbedingten Unterwerfung Serbiens zwischen Österreich und die Mächte zu stellen, jetzt, wo der geringste von ihr in Wien gegebene Rat dem auf Europa lastenden Alpdruck ein Ende machen würde!

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Österreich, seine Kriegsdrohungen und die von ihm vorgenommene Mobilisation machen die friedensstiftende Aktion Deutschlands äußerst dringlich, denn von dem Tage an, an dem die österreichischen Truppen die serbische Grenze überschritten haben würden, würde man sich einer Tatsache gegenüber befinden, die zweifellos das Petersburger Kabinett zur Intervention

zwingen und die Gefahr in sich bergen würde, einen Krieg zu entfesseln, den Deutschland vermeiden zu wollen erkläre.

Herr von Schoen, der lächelnd zuhörte, versicherte von neuem, daß Deutschland den Wortlaut der österreichischen Note nicht gekannt* und sie erst nach ihrer Übergabe gebilligt habe; es glaube immer noch, daß Serbien eine Lektion nötig habe, die streng genug sei, um nicht vergessen zu werden, und daß Österreich es sich selbst schuldig sei, einer für eine Großmacht gefährlichen und unerträglichen Lage ein Ende zu machen. Er erklärte überdies, den Wortlaut der serbischen Antwort nicht zu kennen, und zeigte sich persönlich überrascht, daß sie Österreich nicht befriedigt haben solle, wenn sie wirklich so wäre, wie sie die häufig schlecht unterrichteten Zeitungen wiedergäben.

Er betonte noch weiter die friedlichen Absichten Deutschlands und gab seiner Meinung über die Wirkung Ausdruck, die gute Ratschläge, die z. B. von England in freundschaftlichem Tone nach Wien gerichtet würden, haben könnten. Nach seiner Ansicht sei Österreich nicht unversöhnlich; was es ablehne, sei den Gedanken einer formellen Vermittlung, das „Gespenst“ einer Konferenz; ein friedliches Wort aus Petersburg, freundschaftliche Worte in versöhnlichem Tone seitens der Mächte des Dreiverbandes hätten Aussicht, gut aufgenommen zu werden. Er fügte endlich hinzu, daß er nicht sagen wolle, Deutschland würde nicht auch seinerseits in Wien einige Ratschläge geben.

Unter diesen Bedingungen erklärte der stellvertretende politische Direktor, daß er den Minister fragen würde, ob es ihm angezeigt erscheine, der Presse eine kurze Notiz in gemäßigttem Tone zugehen zu lassen.

Nr. 58

*Herr Chevalley, französischer Gesandter in Christiania,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Außern*
Christiania, den 26. Juli 1914

Die ganze deutsche Flotte in Norwegen hat Befehl erhalten, in See zu stechen. Die deutschen Behörden in Bergen erklären, es handle sich um direkte Rückkehr nach Deutschland.

Die in den Fjords nördlich von Bergen zerstreuten deutschen Schiffe würden sich mit denen in der Umgegend von Stavanger vereinigen.

Chevalley

* Vgl. 21. Brief des französischen Gesandten in München, der berichtet, daß der bayrische Ministerpräsident am 23. Juli gesagt habe, er kenne den Wortlaut der österreichischen Note an Serbien.

Vgl. auch Blaubuch, 95, wo Sir M. de Bunsen, englischer Botschafter in Wien, erklärt: „Obgleich ich es nicht feststellen kann, höre ich aus privater Quelle, daß der deutsche Botschafter den Wortlaut des österreichischen Ultimatus an Serbien kannte, bevor es abgesandt wurde, und daß er es dem deutschen Kaiser telegraphiert hat; ich weiß vom deutschen Botschafter selbst, daß er jede Zeile davon billigt.“ (Diese Anmerkung ist im französischen Gelbbuch von 1914 enthalten.)

Nr. 59

*Herr d'Annoville, französischer Geschäftsträger in Luxemburg,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Luxemburg, den 26. Juli 1914

Nach den Nachrichten, die ich soeben aus Diedenhofen erhalte, haben die vier letzten entlassenen Jahrgänge Befehl erhalten, sich zu jeder Stunde zur Verfügung der Kommandantur zu halten.

Ohne vollständig mobilisiert zu sein, ist es den Reservisten verboten, sich von ihrem Wohnorte zu entfernen.*

d'Annoville

Nr. 59a

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

St. Petersburg, den 26. Juli 1914

Aufgegeben 1 Uhr 55 p. m.

„Gestern — 25. Juli — hat mir in Krasnoje der Kriegsminister die Mobilmachung von vier Armeekorps der Militärbezirke von Kiew, Odessa, Kasan und Moskau bestätigt. Aber die Militärbezirke von Warschau, Wilna und Petersburg erhalten geheime Verfügungen. Die Städte und die Regierungen von Petersburg und Moskau sind in Kriegszustand versetzt. Dem Dekret ist eine Liste derjenigen Angelegenheiten beigelegt, über die die Zeitungen nicht berichten dürfen, und die in der Tat nur militärische Fragen betreffen.

* Die Nachrichten sind nicht zu erklären. Wahrscheinlich handelte es sich um die Wiedergabe einer falschen Agentennachricht. Vgl. Heft II des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses: „Militärische Rüstungen und Mobilmachungen“ (Anlage XIV, S. 69), wo es heißt:

„Am 27. Juli berichtete der kommandierende General des XVI. Armeekorps (Metz) mit 1 a, Nr. 1203g:

„Dem k. Kriegsministerium teile ich sehr ergebenst mit, daß ich mit Rücksicht auf die politische Lage es für nötig befunden habe, die Werke der Westfront der Festung Metz außer durch die ständigen Wachkompagnien auch durch Fußartillerie und Maschinengewehre zu besetzen. Ferner ist angeordnet, daß die Truppen sich in der Nähe ihrer Kasernen halten und weitere Beurlaubungen nicht mehr stattfinden.

Dasselbe ist für die Festung Diedenhofen angeordnet. Weitere Maßregeln habe ich vorläufig nicht für nötig gehalten, insbesondere habe ich von einer Zurückberufung der beurlaubten Offiziere und Mannschaften wegen des mit einer solchen Maßregel verbundenen Aufsehens noch abgesehen, trotz der großen Anzahl Ernteurlauber beim K. bayerischen Kontingent¹, besonders da die Abteilung IIIb des Großen Generalstabes gestern morgen mitteilt, die Lage sei zuversichtlich.“

¹) Die Rückberufung der Ernteurlauber des bayerischen Kontingents wurde am 27. Juli vom bayerischen Kriegsministerium angeordnet (Weißbuch Juni 1919, Seite 71, Abs. 1).

Die Beförderung von jungen Offizieren, die, wie gewöhnlich, am 18. August hätte stattfinden müssen, ist in der Eile gestern abend um 6 Uhr (am 25.) erfolgt, zur selben Zeit, wie der Befehl zur Aufhebung des Lagers von Krasnoje gegeben wurde. In diesem Augenblick kehren die Truppen in ihre Bestimmungsgarnisonen zurück. Der Kriegsminister hat uns seinen Willen wiederholt, Deutschland die Initiative für einen eventuellen Angriff zu überlassen*.“

Nr. 60

*Herr Farges, französischer Generalkonsul in Basel,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Außern*

Basel, den 27. Juli 1914

Die sich hier in der Gegend in den Ferien aufhaltenden deutschen Offiziere dabem vor vier Tagen Befehl erhalten, ihre Ferien abzubrechen und nach Deutschland zurückzukehren**.

Andererseits erfahre ich aus zwei ernst zu nehmenden Quellen, daß die Besitzer von Kraftwagen im Großherzogtum Baden angewiesen worden sind, sich bereitzuhalten, ihre Wagen zwei Tage nach einem weiteren Befehl zur Verfügung der militärischen Behörden zu stellen. Die Geheimhaltung dieser Anweisung ist bei Strafe befohlen worden.

Die Basler Bevölkerung ist sehr beunruhigt, und die Banken sind zurückhaltend.

Farges

Nr. 61

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Außern,
an Herrn Jules Cambon, französischen Botschafter in Berlin, mit-
geteilt an Bord der „France“ (für den Ministerpräsidenten), und
an die Herren Botschafter Frankreichs in London, St. Petersburg,
Wien und Rom*

Paris, den 27. Juli 1914

Die drei Schritte des deutschen Botschafters in Paris erscheinen charakteristisch; — am Freitag verliest er eine Note, in der sich die deutsche Regierung kategorisch zwischen Österreich und die Mächte stellt,

* Der Wortlaut ist im Senatsbericht Nr. 704 S. 39 und 127 und bei Bourgeois et Pagès S. 39 und 137 veröffentlicht.

** Diese Nachricht trifft nicht zu. Vgl. Heft 2 des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses: „Militärische Rüstungen und Mobilmachungen“, Anlage 20e Seite 71, wo es heißt:

„Rückberufung der Urlauber. Nr. 2786/14 und Nr. 19 gg A. 1, Telegramm ab: 29. Juli 10 Uhr 40 und 11 Uhr 20 abends.“

das österreichische Ultimatum an Serbien billigt und hinzufügt, daß „Deutschland dringend wünscht, daß der Konflikt lokalisiert bleibe, da jede Intervention einer anderen Macht durch das Spiel und Gegenspiel der Bündnisse unberechenbare Folgen hervorrufen müsse.“ — Am folgenden Tage, am Sonnabend, nachdem die Wirkung erzielt worden war und die Mächte infolge der Überraschung, der Kürze der Frist und der Gefahren eines allgemeinen Krieges, Serbien geraten hatten, nachzugeben, kommt Herr von Schoen wieder, um seinen Schritt abzuschwächen, indem er vorgibt, über den hervorgerufenen Eindruck erstaunt zu sein, und verwahrt sich dagegen, daß man Deutschland Absichten zuschreibe, die es nicht habe, weil, wie er sagt, weder von einem vorherigen Einverständnis noch von einer nachherigen Drohung die Rede sein könnte; — am dritten Tage, am Sonntag, als der Erfolg erzielt worden war, da Serbien tatsächlich sozusagen allen Anforderungen Österreichs nachgegeben hatte, erscheint der deutsche Botschafter zweimal, um die friedlichen Absichten Deutschlands und seinen dringenden Wunsch auf Mitwirkung an der Erhaltung des Friedens zu betonen, nachdem er den österreichischen Erfolg einkassiert hatte, der die erste Phase der Krise abschließt.

Augenblicklich bleibt die Lage beunruhigend infolge der unverständlichen Weigerung Österreichs, die serbische Unterwerfung anzunehmen, seiner Mobilisationsvorkehrungen und seiner Drohungen, in Serbien einzufallen. Die mit der Unterstützung Deutschlands von Anfang an eingenommene Haltung der österreichischen Regierung, ihre Weigerung, irgendeine Besprechung mit den Mächten anzunehmen, machen es ihnen tatsächlich unmöglich, in nützlicher Weise ohne Deutschlands Vermittlung bei ihr zu intervenieren. Indessen drängt die Zeit, denn wenn die österreichische Armee die Grenze überschreitet, wird es sehr schwer sein, die Krisis zu beschwören, da Rußland anscheinend die Besetzung Serbiens nicht dulden kann, nachdem sich dieses in Wirklichkeit der österreichischen Note unterworfen hat und ihm alle Genugtuungen und Sicherheiten gegeben hat. Deutschland ist gerade infolge der von ihm eingenommenen Stellung geeignet, in nützlicher Weise zu intervenieren und in Wien angehört zu werden; wenn es das nicht tut, rechtfertigt es allen Verdacht und übernimmt die Verantwortung für den Krieg.

Die Mächte und insbesondere Rußland, Frankreich und England haben durch ihre dringenden Ratschläge Belgrad zum Nachgeben bestimmt. Sie haben also ihre Aufgabe erfüllt; jetzt ist es an Deutschland, das allein in der Lage ist, in Wien rasch Gehör zu finden, Ratschläge an Österreich zu geben, das Genugtuung erhalten hat und wegen einer leicht zu erledigenden Einzelheit nicht den allgemeinen Krieg entfesseln kann.

In dieser Lage taucht der Vorschlag des Londoner Kabinetts auf. Da Herr Sasonow dem englischen Botschafter mitgeteilt hat, daß Rußland infolge des Appells Serbiens an die Mächte einwilligen würde, sich abseits zu halten, hat Sir Ed. Grey den Kabinetten von Paris, Berlin und Rom folgenden Vorschlag unterbreitet: Die Botschafter Frankreichs,

Deutschlands und Italiens in London sollen beauftragt werden, mit Sir Ed. Grey ein Mittel zu suchen, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu lösen, wobei abgemacht sein sollte, daß sich unterdessen Rußland, Österreich und Serbien jeder aktiven militärischen Handlung enthalten sollen. Sir A. Nicolson hat dem deutschen Botschafter von diesem Vorschlag gesprochen, der sich ihm geneigt gezeigt hat; er wird ebenfalls in Paris und aller Wahrscheinlichkeit nach auch in Rom gut aufgenommen werden. Auch hier hat Deutschland das Wort und zudem Gelegenheit, anders als mit Worten seinen guten Willen zu zeigen.

Ich bitte Sie, sich mit Ihrem englischen Kollegen zu besprechen und seinen Schritt bei der deutschen Regierung in der Ihnen angemessen erscheinenden Form zu unterstützen.

Bienvenu-Martin

Nr. 62

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,
an den Ministerpräsidenten (an Bord der „France“) und an die
Herren Botschafter Frankreichs in London, St. Petersburg,
Wien und Berlin*

Paris, den 27. Juli 1914

Nach seinem gestern unternommenen Schritte, der eine beschwichtigende Intervention Frankreichs in Petersburg anstrebte, war der deutsche Botschafter, wie ich Ihnen schon mitteilte, zur politischen Abteilung zurückgekehrt unter dem Vorgeben, daß es von Nutzen sein könnte, der Presse eine kurze Note mitzuteilen, die den friedlichen und freundschaftlichen Sinn der Besprechung hervorheben sollte. Er hatte sogar folgenden Wortlaut angeregt: „Der deutsche Botschafter und der Minister des Äußern haben am Nachmittag eine neue Unterredung gehabt, in deren Verlauf sie im freundschaftlichsten Geiste und im Gefühl friedlicher Solidarität die Mittel prüften, die angewendet werden könnten, um den allgemeinen Frieden zu erhalten.“ Es wurde sofort geantwortet, daß die Fassung zu weit gehe und geeignet sei, die öffentliche Meinung über die wahre Lage hinwegzutäuschen, daß indessen eine kurze, im angedeuteten Sinne gegebene Note, d. h. mit der Meldung einer Besprechung, in der die zur Erhaltung des Friedens anzuwendenden Mittel geprüft worden seien, vorbehaltlich meiner Zustimmung, veröffentlicht werden könnte.

Die veröffentlichte Mitteilung lautete: „Der deutsche Botschafter und der Minister des Äußern hatten eine neue Unterredung, in deren Verlauf sie die Mittel für das Vorgehen der Mächte zur Aufrechterhaltung des Friedens untersucht haben.“ Diese absichtlich farblose Abfassung vermied eine Solidaritätserklärung mit Deutschland, die falsch ausgelegt werden könnte.

Heute morgen hat Herr von Schoen, unter dem Vorgeben, seine Unterredung mit dem Minister zusammenzufassen, einen persönlichen Brief an den Direktor der politischen Abteilung gerichtet und hinzugefügt: „Beachten Sie besonders den Satz über die Solidarität der friedlichen Gesinnungen. Das ist keine banale Phrase, sondern der aufrichtige Ausdruck der Wirklichkeit.“ Die dem Briefe beigelegte Zusammenfassung lautete wie folgt: „Das Wiener Kabinett hat formell und offiziell demjenigen von Petersburg erklären lassen, es verfolge in Serbien keinerlei Landerwerb, und wolle die Integrität des Königsreichs in keiner Weise antasten; seine einzige Absicht ist, seine Ruhe zu sichern. In diesem Augenblick hängt die Entscheidung, ob ein europäischer Krieg ausbrechen soll, allein von Rußland ab. Die deutsche Regierung hat das feste Vertrauen, daß die französische Regierung, mit der sie sich in dem heißen Wunsche, daß der europäische Friede bewahrt werden möge, solidarisch weiß, ihren ganzen Einfluß in beruhigendem Sinne bei dem Petersburger Kabinett geltend machen werde.“

Ich habe Ihnen die Antwort zur Kenntnis gebracht, die darauf erteilt wurde (ein Schritt Frankreichs in Petersburg ließe sich schlecht erklären und müßte durch einen Schritt Deutschlands in Wien, oder in Ermangelung dessen durch eine Vermittlung der vier weniger beteiligten Mächte in beiden Hauptstädten ergänzt werden).

Der Brief des Herrn von Schoen kann verschieden gedeutet werden. Die wahrscheinlichste Auslegung ist die, daß er, wie das Vorgehen des Botschafters selbst, danach trachtet, Frankreich in den Augen Rußlands bloßzustellen, um im Falle des Mißlingens die Verantwortlichkeit eines etwaigen Krieges auf Rußland und auf Frankreich zu schieben, um schließlich hinter Friedensbeteuerungen, die nicht erhört würden, eine militärische Aktion Österreichs in Serbien zu verdecken, die bestimmt ist, den österreichischen Erfolg zu vervollständigen.

Ich übermittle Ihnen diese Auskünfte zur Information und zu jeder Ihnen nützlich erscheinenden Verwendung. Bienvenu-Martin

Nr. 63

*Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

London, den 27. Juli 1914

Der deutsche und der österreichisch-ungarische Botschafter lassen durchblicken, sie seien sicher, daß England im Falle des Ausbruchs eines Konfliktes die Neutralität bewahren würde. Sir Arthur Nicolson sagte mir, daß jedoch Fürst Lichnowsky, nach der Unterredung, die er heute mit ihm gehabt habe, keinen Zweifel haben könne, daß die englische Regierung sich die Freiheit einer Intervention in dem ihr angezeigt erscheinenden Falle vorbehalte.

Der deutsche Botschafter wird zweifellos über diese Erklärung überrascht sein; um aber auf Deutschland einen Druck auszuüben und einen Konflikt zu vermeiden, scheint es unerlässlich, dieses zu der Überzeugung zu bringen, daß es England und Rußland an der Seite Frankreichs finden würde.

de Fleuriau

Nr. 64

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

St. Petersburg, den 27. Juli 1914

Herr Sasonow hat allen meinen Kollegen gegenüber eine versöhnliche Sprache geführt.

Trotz der öffentlichen Erregung bemüht sich die russische Regierung mit Erfolg, die Presse im Zaume zu halten. Man hat vor allem eine große Mäßigung Deutschland gegenüber anempfohlen.

Seit gestern hat Herr Sasonow weder von Wien noch von Berlin irgendeine Information erhalten.

Paléologue

Nr. 65

*Herr Bompard, französischer Botschafter in Konstantinopel,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Thérapia, den 27. Juli 1914

Die Zusammenkunft in Brüssel zwischen Herrn Venizelos und dem Großwesier wird nicht stattfinden, da Herr Venizelos plötzlich trotz der Bitten des Großwesiers, der in dem österreich-serbischen Konflikt keinen genügenden Grund zur Aufgabe sah, nach München zurückgekehrt ist. Gewiß nimmt der österreich-serbische Konflikt die Aufmerksamkeit der ottomanischen Regierung in Anspruch, und die Türken freuen sich über die Prüfungen, die Serbien zu erdulden hat, aber man ist hier im allgemeinen geneigt anzunehmen, daß dieser Konflikt örtlich beschränkt bleiben wird. Das Prestige Rußlands in Konstantinopel hat sich noch nicht wieder davon erholt, daß die slawische Großmacht im Jahre 1909 Serbien im Stiche gelassen hat, und man glaubt allgemein, daß Rußland auch diesmal noch nicht zugunsten Serbiens intervenieren werde, unter Bedingungen, die den bewaffneten Konflikt ausdehnen würden.

Nach dem einhelligen Empfinden in den ottomanischen politischen Kreisen wird Österreich mit der Unterstützung Deutschlands seine Ziele erreichen und Serbien, nach Bulgarien, in den Kreis des Dreibundes einreihen.

Bompard

Nr. 66

*Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

London, den 27. Juli 1914

Sir Ed. Grey hat heute morgen zum deutschen Botschafter gesagt, daß Österreich, wenn es nach der serbischen Antwort in Serbien einfiere, damit zeigen würde, daß es nicht nur die Regelung der in seiner Note vom 23. Juli erwähnten Fragen bezwecke, sondern, daß es einen kleinen Staat erdrücken wolle. „Dann,“ fügte er hinzu, „würde sich eine europäische Frage ergeben, es würde daraus ein Krieg entstehen, an dem andere Mächte teilzunehmen veranlaßt sein würden.“

Die Haltung Großbritanniens offenbart sich durch die Einstellung der Demobilisation seiner Flotte. Der erste Lord der Admiralität hatte aus eigenem Antriebe diese Maßregel schon Freitag im Geheimen ergriffen; heute Nacht haben Sir Ed. Grey und seine Kollegen beschlossen, sie zu veröffentlichen. Dieses Resultat ist der versöhnlichen Haltung Serbiens und Rußlands zu danken.

de Fleuriau

Nr. 67

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Berlin, den 27. Juli 1914

Ich habe mich heute mit dem Staatssekretär über den Schritt Englands unterhalten, der darauf abzielt, daß Deutschland sich mit den Kabinetten von London, Paris und Rom vereinigen möge, um die Feindseligkeiten zwischen Petersburg und Wien zu verhindern.

Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß der Vorschlag Sir Ed. Greys den Weg zu einem friedlichen Ausgange eröffne. Herr von Jagow hat mir geantwortet, daß er geneigt sei, darauf einzugehen. Aber er wies mich darauf hin, daß Deutschland, wenn Rußland mobilisierte, gezwungen wäre, sogleich zu mobilisieren, daß wir dazu ebenfalls gezwungen sein würden, und daß dann der Konflikt fast unvermeidlich wäre. Ich fragte ihn, ob Deutschland zu mobilisieren sich gezwungen glauben würde, wenn Rußland nur an der österreichischen Grenze mobilisierte. Er antwortete mit Nein und ermächtigte mich ausdrücklich, Ihnen von dieser Einschränkung Mitteilung zu machen. Auch wäre es ihm außerordentlich daran gelegen, daß die mit Rußland befreundeten und verbündeten Mächte bei diesem intervenierten.

Endlich hat er bemerkt, daß, wenn Rußland Österreich angriffe, Deutschland seinerseits sofort auch angreifen müßte. Die von England

vorgeschlagene Intervention in Petersburg und in Wien könnte danach, wie er glaube, nur dann ausgeführt werden, wenn sich die Ereignisse nicht überstürzten. Er gebe in diesem Falle die Hoffnung nicht auf, daß sie gelingen könnte. Ich sprach mein Bedauern aus, daß Österreich durch seine Unversöhnlichkeit Europa auf den schwierigsten Pfad gedrängt habe, auf dem wir gehen; aber ich sprach die Hoffnung aus, daß die Intervention Erfolg haben werde.

Jules Cambon

Nr. 68

*Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

London, den 27. Juli 1914

Gestern soll im Verlauf einer Unterredung zwischen Herrn Sasonow, Herrn Paléologue und Sir G. Buchanan der russische Minister gesagt haben, daß Serbien geneigt sei, sich an die Mächte zu wenden, und daß seine Regierung in diesem Falle einwilligen würde, sich abseits zu halten.

Sir Ed. Grey benutzte diese Worte als Grundlage zu einem bei den Kabinetten von Paris, Berlin und Rom zu machenden Vorschlag, den Sir Francis Bertie Euer Exzellenz unterbreiten wird. Die vier Mächte würden in dem Konflikt intervenieren, und die französischen, deutschen und italienischen Botschafter in London würden beauftragt, mit Sir Ed. Grey ein Mittel zu suchen, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu lösen.

Es wäre selbstverständlich, daß sich Rußland, Österreich und Serbien während der Verhandlungen dieser kleinen Konferenz aller aktiven militärischen Operationen enthalten müßten. Sir A. Nicolson hat dem deutschen Botschafter von diesem Vorschlage gesprochen, und dieser hat sich ihm geneigt gezeigt.

de Fleuriau

Nr. 69

*Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

London, den 27. Juli 1914

Der serbische Gesandte hat von seiner Regierung keine Instruktionen erhalten, England um Vermittlung anzugehen; es ist übrigens möglich, daß die Telegramme seiner Regierung unterwegs angehalten worden sind.

Der in meinem vorhergehenden Telegramm gemeldete englische Vorschlag einer Intervention zu vierein ist übrigens erfolgt und scheint mir in erster Linie unterstützt werden zu sollen.

de Fleuriau

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,
an Herrn de Fleuriau, französischen Geschäftsträger in London*

Paris, den 27. Juli 1914

Der englische Botschafter hat mir den Vorschlag Sir Ed. Greys mitgeteilt, der auf eine gemeinsame Aktion Englands, Deutschlands, Frankreichs und Italiens in Wien, Belgrad und Petersburg zur Verhinderung der aktiven militärischen Operationen für die Zeit hinzielt, während deren die Botschafter Deutschlands, Italiens und Frankreichs in London mit Sir Ed. Grey die Mittel prüften, eine Lösung der gegenwärtigen Verwicklungen zu finden.

Ich habe heute morgen Herrn Jules Cambon beauftragt, sich mit dem englischen Botschafter in Berlin ins Einvernehmen zu setzen und dessen Vorgehen in ihm geeignet scheinender Form zu unterstützen.

Ich bevollmächtige Sie, an der von Sir Ed. Grey vorgeschlagenen Konferenz teilzunehmen. Ich bin auch bereit, unseren Vertretern in Wien, Petersburg und Belgrad Instruktionen in dem von der englischen Regierung gewünschten Sinne zu geben.

Immerhin bin ich der Ansicht, daß die Aussichten auf Erfolg des Vorschlags von Sir Ed. Grey hauptsächlich auf der Aktion beruhen, die Berlin in Wien vorzunehmen geneigt wäre; ein Schritt von dieser Seite, um den Aufschub der militärischen Operationen herbeizuführen, schiene mir des Mißlingens sicher, wenn nicht zuvor von Deutschland her ein Einfluß ausgeübt würde.

Ich habe gleicherweise aus den Äußerungen des Herrn von Schoen entnommen, daß die österreichisch-ungarische Regierung besonders an Ausdrücken wie „Vermittlung“, „Intervention“, „Konferenz“, Anstoß nehme und eher geneigt wäre, „freundschaftliche Ratschläge“ und „Besprechungen“ zuzulassen.

Bienvenu-Martin

*Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

London, den 27. Juli 1914

Ich habe Sir Ed. Grey davon Kenntnis gegeben, daß Sie seinem Vorschlag einer Vermittlung zu vieren und einer Konferenz in London beistimmen. Der englische Botschafter in Wien hat die nötigen Instruktionen erhalten, bei der österreichisch-ungarischen Regierung vorstellig zu werden, sobald seine französischen, deutschen und italienischen Kollegen Ermächtigung erhalten haben, den gleichen Schritt zu tun.

Die italienische Regierung hat die Intervention zu vieren zum Zwecke der Verhinderung der militärischen Operationen angenommen; sie berät sich mit der deutschen Regierung über den Vorschlag der Konferenz und über den gegenüber der österreichisch-ungarischen Regierung einzuschlagenden Weg. Die deutsche Regierung hat noch nicht geantwortet.

de Fleuriau

Nr. 72

*Herr Barrère, französischer Botschafter in Rom,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Rom, den 27. Juli 1914

Der Marquis di San Giuliano ist heute abend nach Rom zurückgekehrt, und ich habe ihn sogleich nach seiner Ankunft gesehen. Er hat uns vom Inhalt der österreichischen Note gesprochen und mir die formelle Versicherung gegeben, von ihr keine vorherige Kenntnis gehabt zu haben.

Er wußte wohl, daß diese Note einen scharfen und energischen Charakter haben werde; aber er hätte sich nicht vorgestellt, daß sie eine solche Form annehmen könnte. Ich fragte ihn, ob die Behauptung gewisser Blätter wahr sei, er habe in Wien seine Billigung des österreichischen Vorgehens und die Versicherung, Italien werde Österreich gegenüber seinen Pflichten als Verbündeter nachkommen, ausdrücken lassen. „In keiner Weise,“ antwortete mir der Minister, „wir sind nicht befragt worden, man hat uns nichts gesagt; wir haben daher keinen Grund gehabt, in Wien eine derartige Mitteilung zu machen.“

Nach der Ansicht des Marquis di San Giuliano hätte Serbien klüger getan, die Note in ihrer Gesamtheit anzunehmen; auch heute noch hält er dafür, daß dies das einzig mögliche sei, da er überzeugt sei, daß Österreich keine seiner Forderungen zurückziehen und alle aufrecht erhalten werde, selbst auf die Gefahr hin, einen allgemeinen Brand herbeizuführen; er zweifelt daran, daß Deutschland geneigt sein werde, sich zu einem Schritte bei seinem Verbündeten herzugeben. Er stellt jedoch fest, daß Deutschland zurzeit großes Gewicht auf seine Beziehungen zu London legt, und er glaubt, wenn eine Macht Berlin zu einer friedlichen Aktion bestimmen könne, so sei es England.

Was Italien betrifft, so wird es auch weiterhin alle seine Bemühungen zugunsten des Friedens einsetzen. Zu diesem Zwecke hat er ohne Zögern dem Vorschlag Sir Ed. Greys zugestimmt, in London die Botschafter der im österreichisch-serbischen Konflikt nicht unmittelbar beteiligten Mächte zu einer Konferenz zu vereinigen.

Barrère

91

Nr. 73

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Berlin, den 27. Juli 1914

Der englische Botschafter, der heute zurückkehrte, hat den Staatssekretär gesehen und mit ihm die Anregung Sir Ed. Greys besprochen. Herr von Jagow antwortete ihm, indem er seinen Friedenswunsch immerfort betonte, aber hinzufügte, er könne dem, was einer Mächtekonferenz gleichsehe, nicht beistimmen; das hieße eine Art Schiedsgerichtshof aufstellen, was nur dann annehmbar wäre, wenn es von Wien und Petersburg verlangt würde. Die Worte Herrn von Jagows bestätigen diejenigen des Herrn von Schoen Ew. Exzellenz gegenüber.

In Wirklichkeit läßt sich ein Vorgehen der vier Mächte in Wien und Petersburg auf diplomatischem Wege ausführen, ohne die Form einer Konferenz anzunehmen, und ist verschiedener Gestaltung fähig; das wesentliche wäre, in Wien und Petersburg den gemeinsamen Wunsch der vier Mächte, daß ein Konflikt vermieden werde, zum Ausdruck zu bringen. Einzig das würde gestatten, zu einem friedlichen Ausgang der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu gelangen.

Jules Cambon

Nr. 74

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Berlin, den 27. Juli 1914

Ich habe mich heute mit dem Staatssekretär besprochen und ihm gegenüber den soeben von Sir E. Goschen unternommenen Schritt unterstützt.

Herr von Jagow hat mir, wie schon dem englischen Botschafter, geantwortet, er könne den Vorschlag nicht annehmen, die Botschafter Italiens, Frankreichs und Deutschlands damit zu beauftragen, mit Sir Ed. Grey die Mittel zur Beilegung der gegenwärtigen Schwierigkeiten ausfindig zu machen, weil dies faktisch eine Konferenz zur Behandlung der Angelegenheiten Österreichs und Rußlands bedeuten würde.

Ich antwortete Herrn von Jagow, ich bedaure seine Antwort, aber dem hohen Ziel gegenüber, das Sir Ed. Grey im Auge habe, könne eine Formfrage nicht ins Gewicht fallen; die Hauptsache sei die Vereinigung Englands und Frankreichs mit Deutschland und Italien zur Arbeit an einem Werk des Friedens; diese Vereinigung könne sich in gemeinsamem Vorgehen in Petersburg und Wien äußern; er habe mir oft sein Bedauern darüber ausgesprochen, die beiden Bündnisgruppen stets gegeneinander

in Europa stehen zu sehen; er habe nun hier Gelegenheit zu beweisen, daß es einen europäischen Geist gebe, indem er zeige, daß vier den beiden Gruppen angehörende Mächte in gemeinsamem Einverständnis handeln, um einen Konflikt zu verhindern.

Herr von Jagow wich aus und sagte, Deutschland habe Österreich gegenüber Verpflichtungen. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß die Beziehungen Deutschlands zu Wien nicht enger seien als die zwischen Frankreich und Rußland, und in diesem Falle sei er es selbst, der die beiden Bündnisgruppen in Gegensatz zueinander stelle.

Der Staatssekretär sagte mir darauf, er weigere sich nicht, an der Beseitigung des österreichisch-russischen Konfliktes mitzuwirken, aber im österreichisch-serbischen Konflikt könne er nicht intervenieren. „Das eine ist die Folge des anderen,“ sagte ich, „das wesentliche ist, zu verhindern, daß eine neue Lage geschaffen werde, die geeignet sei, eine Intervention Rußlands herbeizuführen.“

Da der Staatssekretär darauf beharrte, er sei verpflichtet, seinen Verpflichtungen gegenüber Österreich nachzukommen, fragte ich ihn, ob er verpflichtet sei, Österreich überallhin, mit verbundenen Augen, zu folgen, und ob er von der Antwort Serbiens an Österreich, die ihm der serbische Geschäftsträger diesen Morgen übergeben habe, Kenntnis genommen habe. „Ich habe noch keine Zeit dazu gehabt,“ sagte er. „Ich bedaure das. Sie würden sehen, daß sich Serbien mit Ausnahme einiger Einzelheiten völlig unterwirft. Es scheint also, daß Sie Österreich, da es die Genugtuung erlangt hat, die ihm Ihre Unterstützung verschaffte, heute raten könnten, sich damit zu begnügen oder mit Serbien die einzelnen Punkte seiner Antwort zu prüfen.“

Da mir Herr von Jagow keine klare Antwort gab, fragte ich ihn, ob Deutschland den Krieg wolle. Er protestierte lebhaft und sagte, er wisse, daß ich diesen Gedanken hege, aber das sei durchaus nicht richtig. „Man muß also,“ begann ich wieder, „folgerichtig handeln. Wenn Sie die serbische Antwort lesen werden, wägen Sie, ich bitte Sie im Namen der Menschlichkeit, deren Punkte mit Ihrem Gewissen ab und beladen Sie sich nicht selbst mit einem Teil der Verantwortung für die Katastrophen, deren Vorbereitung Sie zulassen.“ Herr von Jagow protestierte von neuem und fügte hinzu, er sei bereit, sich mit England und Frankreich zu einer gemeinsamen Anstrengung zu vereinigen, aber man müsse für diese Intervention eine Form finden, die er annehmen könne, und die Kabinette müßten sich darüber verständigen.

„Übrigens,“ fügte er hinzu, „sind zwischen Wien und Petersburg die direkten Verhandlungen eröffnet und nehmen ihren Fortgang; ich ver spreche mir von ihnen viel Gutes und hoffe.“

Im Begriff ihn zu verlassen, sagte ich ihm, ich hätte heute Morgen den Eindruck gehabt, daß die Stunde der Entspannung geschlagen habe, aber ich sehe wohl ein, daß es damit nichts sei. Er erwiderte, ich irrte mich; er hoffe, die Dinge seien auf gutem Wege und würden vielleicht sehr rasch

zum Ziele führen. Ich ersuchte ihn, in Wien auf Beschleunigung hinzuwirken, da es wichtig sei, in Rußland nicht eine jener Strömungen der Meinungen, die alles mit sich fortreißen, aufkommen zu lassen.

Nach meinem Empfinden wäre es angezeigt, Sir Ed. Grey, der durch Sir E. Goschen von der Ablehnung seines Antrages in der vorgeschlagenen Form unterrichtet sein muß, zu ersuchen, den Vorschlag in einer anderen Form zu erneuern, derart, daß Deutschland keinen Vorwand behielte, seine Mitwirkung zu verweigern, und England gegenüber seine Verantwortung auf sich nähme.

Jules Cambon

Nr. 75

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,
an die Herren französischen Botschafter in London, St. Petersburg,
Berlin, Wien und Rom*

Paris, den 27. Juli 1914

Der österreichisch-ungarische Botschafter besuchte mich, um mir ein Memorandum zu übergeben, das eine förmliche Anklageschrift gegen Serbien darstellt; er erklärte mir im Auftrage seiner Regierung, daß sie, nachdem Serbien auf die Forderungen der kaiserlichen Regierung nicht in befriedigender Weise geantwortet habe, sich gezwungen sehe, zu energischen Mitteln zu greifen, um Serbien zur Erfüllung der von ihm verlangten Genugtuungen und Garantien zu veranlassen. Morgen werde die österreichische Regierung zu diesem Zwecke ihre Maßnahmen treffen.

Ich bat den Botschafter, mir die von Österreich in Aussicht genommenen Maßnahmen zu nennen, und Graf Szécsen antwortete mir, das könne entweder ein Ultimatum oder eine Kriegserklärung oder das Überschreiten der Grenze sein, aber er besitze darüber keine genauen Mitteilungen.

Ich machte dann den Botschafter darauf aufmerksam, daß Serbien in fast allen Punkten die Forderungen Österreichs angenommen habe, daß die in einigen Punkten übrig gebliebenen Meinungsverschiedenheiten mit einigem guten Willen beiderseits und mit Hilfe der Mächte, die den Frieden lieben, aus der Welt geschafft werden könnten; dadurch, daß Österreich die Ausführung seiner Entschlüsse auf morgen festsetze, mache es zum zweiten Male die Beihilfe der Mächte fast unmöglich, und nehme eine schwere Verantwortung auf sich, indem es riskiere, einen Krieg zu entfesseln, dessen Ausdehnung niemand ermessen könne.

Ich teile Ihnen zur Information das mir von Graf Szécsen übermittelte Memorandum mit.

Bienvenu-Martin

Beilage

Memorandum der österreichisch-ungarischen Regierung, Herrn Bienvenu-Martin am 27. Juli 1914 überreicht durch den Grafen Szécsen*

Die von Serbien ausgegangene Bewegung, die sich zum Ziele gesetzt hat, die südslawischen Teile Österreich-Ungarns von der Monarchie loszureißen, um sie mit Serbien zu einer staatlichen Einheit zu verbinden, reicht weit zurück.

In ihren Endzielen stets gleichbleibend und nur in ihren Mitteln und an Intensität wechselnd, hat diese Propaganda auf serbischem Boden zur Zeit der Annexionskrise einen ihrer Höhepunkte erreicht. Den schützenden Mantel der Heimlichkeiten abstreifend, war sie damals mit dem Einbekenntnisse ihrer Tendenzen offen hervorgetreten und hatte versucht, unter der Patronanz der serbischen Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zur Verwirklichung ihrer Absichten zu gelangen.

Während die gesamte serbische Presse in gehässigen, die Tatsachen entstellenden Ausfällen zum Kampfe gegen die Monarchie aufrief, bildeten sich — von anderen Propagandamitteln abgesehen — Assoziationen, die diesen Kampf vorbereiteten.

An Bedeutung ragte unter diesen die Narodna odbrana hervor. Aus einem damals bestandenen revolutionären Komitee hervorgegangen, war diese als Privatverein konstituierte, jedoch vom Belgrader Auswärtigen Amte völlig abhängige Organisation von serbischen Militär- und Zivilfunktionären ins Leben gerufen worden. Als ihre Gründer fungierten unter anderen: General Božo Janković, die ehemaligen Minister Ljuba Jovanović, Ljuba Davidović und Velislav Vulović, der Direktor der Staatsdruckerei Zivojin Dačić und die damaligen Hauptleute, jetzt Majore Voja Tankosić und Milan Pribičević. Dieser Verein hatte sich die Bildung und Ausrüstung von Freischaren für den erhofften Krieg gegen die österreichisch-ungarische Monarchie zum Ziele gesetzt.

Ein anschauliches Bild der damaligen Tätigkeit der Narodna odbrana liefert unter anderem die Aussage des vom Kreisgerichte in Sarajevo als Zeugen vernommenen bosnisch-herzegowinischen Landesangehörigen Trifko Krstanović, der sich zu jener Zeit in Belgrad befand und der, nebst anderen Angehörigen der Monarchie, von der Narodna odbrana als Komitatschi angeworben war. Mit etwa 140 anderen Bandenmitgliedern war Krstanović nach einer für die Ausbildung von Banden in Čuprija (Bezirk Jagodina) errichteten und von den Hauptleuten Voja Tankosić und Dušan Putnik geleiteten Schule gebracht worden. Als Lehrer fungierten dort ausschließlich serbische Offiziere. General Božo Janković und Hauptmann Milan Pribičević inspizierten diesen dreimonatlichen Bandenkurs in regelmäßigen Zeitabschnitten.

* Die Anlagen zum Memorandum sind im französischen Gelbbuch nicht enthalten, vgl. Rotbuch 1919, II, S. 71 ff.

Dort erhielten die angehenden Komitatschis Unterricht im Schießen und Werfen von Bomben, im Minenlegen, Sprengen von Eisenbahnen, Tunnels und Brücken sowie im Zerstören von Telegraphenleitungen. Ihre Aufgabe war es, nach den Aufträgen ihrer Befehlshaber die neuerworbenen Kenntnisse in Bosnien und der Herzegowina in die Tat umzusetzen.

Durch diese ganz öffentlich betriebene und von der serbischen Regierung geförderte Aktion der Narodna odbrana wurde damals der Bandenkrieg gegen Österreich-Ungarn vorbereitet. Angehörige der Monarchie wurden hiebei zum Verrate an ihrem Vaterlande verleitet und systematisch dazu erzogen, als serbische Emissäre heimtückische Angriffe gegen die Verteidigungsmittel ihrer Heimat zu richten.

Diese Periode der aggressiven Aspiration fand ihren Abschluß mit der von der serbischen Regierung am 31. März 1909 abgegebenen Erklärung, in welcher sich diese mit der durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina geschaffenen völker- und staatsrechtlichen Neuordnung abfinden zu wollen erklärte und feierlich versprach, mit der österreichisch-ungarischen Monarchie in Hinkunft in freundschaftlichen Beziehungen leben zu wollen.

Mit dieser Erklärung schien auch das Ende der eine stete Quelle der Unruhe bildenden Bewegung gegen Österreich-Ungarn gekommen und der Weg zu einer wirklich freundschaftlichen Annäherung Serbiens an die Monarchie betreten. Der Förderung durch die serbische Regierung beraubt und von ihr pflichtgemäß bekämpft, hätte die monarchiefeindliche Propaganda nur mehr ein schattenhaftes, dem baldigen Untergange geweihtes Dasein fristen können. Dagegen hätten die zwischen den südslawischen Teilen der Monarchie und Serbien auf sprachlichem, ethnischem und kulturellem Gebiete bestehenden Berührungspunkte zur Verrichtung gemeinsamer, vom Geiste gegenseitiger Freundschaft und paralleler Interessen getragener Kulturarbeiten führen müssen.

Diese Erwartungen haben sich jedoch nicht erfüllt.

Die monarchiefeindlichen Aspirationen sind geblieben und unter den Augen der serbischen Regierung, die nichts getan hat, um diese Bewegung zu unterdrücken, hat die gegen Österreich gerichtete Propaganda nur noch an Breite und Tiefe gewonnen. Der Haß gegen die Monarchie wurde wach erhalten und durch stets neue Anfachung zu einem unversöhnlichen gestaltet. Mit den alten, der geänderten Situation angepaßten und durch neue Methoden ergänzten Mitteln wurde das Volk Serbiens „zum unvermeidlichen Vernichtungskampfe“ gegen Österreich-Ungarn aufgerufen. Systematisch wurden geheimnisvolle Fäden nach den südslawischen Gebieten der Monarchie gesponnen und deren Bürger zum Verrate am Vaterlande geworben.

Vor allem hat die serbische Presse seither nicht aufgehört, in diesem Geiste zu wirken.

Nicht weniger als 81 in Serbien erscheinenden Zeitschriften mußte bis heute wegen ihres die inländischen Strafgesetze verletzenden Inhaltes das Postdebit entzogen werden.

Kaum eine der Strafnormen, welche die erhabene Person des Monarchen, die Mitglieder Allerhöchst seines Hauses und die Integrität des Staates schützen, ist seitens der serbischen Blätter unverletzt geblieben. Einige wenige aus der überreichen Fülle dieses Materials entnommene, aus verschiedenen Zeitpunkten stammende Beweise wird man in Beilage I finden.

Ohne in eine detaillierte Besprechung dieser Äußerungen der öffentlichen Meinung Serbiens einzugehen, muß immerhin bemerkt werden, daß sie die Annexion Bosniens und der Herzegowina trotz der serbischerseits erfolgten Anerkennung dieses Aktes nach wie vor als einen an Serbien verübten Raub, der einer Remedur bedarf, hinstellen, ein Gedanke, der nicht bloß in den Blättern schärfster Richtung immer wiederkehrt, sondern der auch in der dem Belgrader Auswärtigen Amte so nahestehenden „Samouprava“ in kaum verhüllter Form ausgesprochen wird (s. Beilage II B).

Ebenso kann nicht unterlassen werden, das Augenmerk darauf zu lenken, wie das am 15. Juni 1910 in Sarajevo von Bogdan Zerajić verübte Attentat gegen den Landes-Chef von Bosnien und der Herzegowina, Feldzeugmeister von Varešanin, von der Presse gelobt wurde.

Wie bekannt, hatte sich Zerajić unmittelbar nach der Tat entleibt und vor deren Verübung seine gesamten Papiere verbrannt. Unter diesen Umständen vermochten die Motive seines Anschlages nicht vollkommen klargestellt zu werden. Immerhin konnte man aber aus einem bei ihm gefundenen Abzeichen schließen, daß er Krapotkinschen Ideen uldigte. Auch die geführten Erhebungen deuteten darauf hin, daß man es mit einem auf anarchistischen Grundlagen beruhenden Verbrechen zu tun hatte.

Dies hinderte jedoch die Presse Serbiens nicht, den Attentäter als serbischen Nationalhelden zu feiern und seine Tat zu verherrlichen. Ja, die „Politika“ verwahrte sich förmlich dagegen, daß Zerajić Anarchist gewesen sei und reklamierte ihn als „heldenmütigen Serben, dessen Namen jeder Serbe mit Achtung und Schmerz nennen wird.“

Das Datum des 18. August desselben Jahres, Geburtstag Seiner k. und k. Apostolischen Majestät, hielt die „Politika“ für eine passende Gelegenheit, sich mit dem Anschläge des Zerajić, „dessen Name im Volke wie etwas ‚Heiliges‘ genannt werde“, neuerlich zu befassen und das Attentat in einem Gedichte zu feiern (Beilage I).

So wurde dieses Verbrechen, das mit den Aspirationen auf Territorien der Monarchie nichts zu tun hatte, für die Förderung dieser Ideen ausgebeutet und durch die Glorifizierung des Zerajić der Mord ganz ausdrücklich als ein rühmliches und nachahmenswertes Mittel im Kampfe für die Verwirklichung dieser Gedanken anerkannt. Diese Sanktionierung des Mordes als einer vollkommen zulässigen Methode im Kampfe gegen die Monarchie kehrt später in den Blättern bei Besprechung des von Jukić verübten Attentates gegen den königlichen Kommissär von Cuvaj wieder (Beilage I E).

Diese nicht nur in Serbien verbreiteten, sondern — wie später gezeigt werden wird — auf wohlorganisierten Schleichwegen in die Monarchie eingeschmuggelten Zeitungen waren es, die bei den breiten Massen jene Stimmungen erzeugten und wach erhielten, welche einen fruchtbaren Nährboden für die Machenschaften der monarchiefeindlichen Assoziationen boten.

Zum Zentralpunkte dieser von Vereinen betriebenen Agitation wurde die Narodna odbrana. Dieselben Personen, die zur Zeit der Annexion an der Spitze des Vereines gestanden hatten, bildeten auch jetzt seine Leitung; wieder findet man hier als die energischsten und tätigsten Organisatoren die obenerwähnten heftigsten Gegner der Monarchie. Organisatorisch auf eine in die Breite und Tiefe gehende Basis gestellt und hierarchisch straff gegliedert (siehe Beilage 2 unter „Organisation“), besaß die Narodna odbrana bald zirka 400 Ausschüsse, die eine lebhaftige Agitation entfalteten.

Hiezu kam, daß die Narodna zu dem Schützenbunde (mit 762 Vereinen), dem Sokolbunde „Dušan Silni“ (mit 2500 Mitgliedern), dem olympischen Klub, dem Reitervereine „Knez Mihajlo“, dem Jägerbunde und der Kulturliga in engste Verbindung trat und zahlreiche andere Vereine in ihre Dienste stellte, die alle, von der Narodna odbrana geführt und unterstützt, in deren Sinn wirken. In steter gegenseitiger Durchdringung gelangten diese Vereine zu einer förmlichen Amalgamierung, so daß sie heute eigentlich alle nur Glieder des einen Körpers der Narodna odbrana sind.

So spannte die Narodna odbrana über ganz Serbien ein engmaschiges Netz der Agitation, mit welchem sie alle für ihre Ideen Empfänglichen an sich zog.

Welches aber der Geist ist, in dem die Narodna odbrana wirkt, das geht mit genügender Klarheit schon aus ihren offiziellen Vereinspublikationen hervor.

In ihren Statuten im Kleide eines Kulturvereines auftretend, dem nur die geistige und körperliche Entwicklung der Bevölkerung Serbiens sowie deren materielle Kräftigung am Herzen liegt, enthüllt die Narodna odbrana in ihrem Vereinsorgane (siehe Beilage II) den wahren und einzigen Grund ihres Daseins, ihr sogenanntes „reorganisiertes Programm“, nämlich:

In „fanatischer und unermüdlicher Arbeit“ dem serbischen Volke unter dem Vorwande, daß ihm die Monarchie „seine Freiheit und Sprache nehmen, ja Serbien zerschmettern“ wolle, die „heilige Wahrheit“ zu predigen, daß es eine unerläßliche Notwendigkeit ist, gegen Österreich-Ungarn, diesen seinen „ersten und größten Feind“, den „Ausrottungskampf mit Gewehr und Kanone“ zu führen und das Volk „mit allen Mitteln“ auf diesen Kampf vorzubereiten, der zu führen ist, „zur Befreiung der unterworfenen Gebiete“, in denen „7 Millionen unterjochter Brüder schmachten“.

Ausschließlich im Dienste dieser Idee stehen die „Kulturbestrebungen“ der Narodna odbrana, als bloße Mittel zur Organisation und

Erziehung des Volkes für den ersehnten Vernichtungskampf gegen die Monarchie.

In eben diesem Geiste wirken aber alle der Narodna odbrana affilierten Vereine, wofür der Sokolverein in Kragujevac als Beispiel dienen möge (s. Beilage III).

Wie bei der Narodna odbrana, so stehen auch hier Offiziere, Professoren und Staatsbeamte an der Spitze.

Die Ansprache, mit welcher der Vereinspräsident Major Kovačević die Jahresversammlung im Jahre 1914 eröffnete, verzichtet vollkommen darauf, das Turnen, das doch der eigentliche Zweck eines Sokolvereines ist, zu erwähnen und befaßt sich ausschließlich mit der „Vorbereitung zum Kampfe“ gegen den „gefährlichen, herzlosen, lüsternen, lästigen und gefräßigen Feind im Norden“, der „Millionen serbischer Brüder Freiheit und Recht nimmt und sie in Sklaverei und Ketten hält“.

In dem Verwaltungsberichte dieses Vereines treten die sachlichen Ausführungen ganz in den Hintergrund und geben nur die Stichworte für das Bekenntnis des wahren „Zieles der Handlungen der Verwaltung“ ab, nämlich: die Vorbereitung der nationalen Entwicklung und der Stärkung der „unterdrückten Nation“ zu dem Ende, damit sie ihr „noch nicht erfülltes Programm, ihre noch nicht erfüllte Arbeit“ zu Ende führen und jene „große Tat“ vollbringen könne, „die sich in nächster Zeit abspielen wird“: „die Befreiung der jenseits der Drina wohnenden Brüder, welche die Leiden des Gekreuzigten erdulden“.

Ja sogar der Kassier benützt seinen Kassenbericht zu dem Mahnrufe, man müsse „Falken erziehen“, die imstande sind, den „noch nicht befreiten Brüdern die Freiheit zu bringen“.

Ebenso wie bei der Narodna odbrana die Kulturbestrebungen, ist also bei den Sokols die turnerische Betätigung nicht Selbstzweck, sondern ein bloßes Mittel im Dienste ebenderselben Propaganda, die mit denselben Gedanken, ja fast mit den gleichen Worten betrieben wird.

Wenn nun die Narodna odbrana das „Volk“ zum Vernichtungskampfe gegen die Monarchie aufruft, wendet sie sich nicht nur an das Volk in Serbien, sondern an alle südslawischen Völkerschaften. Gelten doch der Narodna odbrana die südslawischen Gebiete der Monarchie als „unsere unterworfenen serbischen Gebiete“. (Siehe auch Beilage IV.) So sollen also auch die südslawischen Angehörigen der Monarchie an dieser „nationalen“ Arbeit teilnehmen; so soll auch jenseits der serbischen Grenze diese „gesunde, notwendige Arbeit“ verrichtet werden. Und auch auf dem Boden der Monarchie sucht die Narodna odbrana jene „Helden für diesen heiligen Kampf“, denen Obilić, der Mörder Murads, als nachstrebenswertes Beispiel nationaler Opferwilligkeit voranleuchten soll.

Um aber die „Brüder außerhalb Serbiens“ zur Teilnahme an der „Arbeit privater Initiative“ anzuspornen, unterhält die Narodna odbrana eine lebhaftere Verbindung mit den „Brüdern jenseits der Grenze“. Wie diese Verbindung geartet ist, wird in dem Vereinsorgane nicht gesagt,

wohl deshalb, weil dies zu jenem Teile der „Gesamtarbeit“ gehört, der „aus mehrfachen Gründen weder wiedergegeben werden darf oder kann“.

Wie umfangreich dieser Zweig ihrer Tätigkeit ist, läßt sich aus dem Umstande erkennen, daß sowohl der Zentralausschuß der Narodna odbrana als auch einzelne ihrer Kreisausschüsse eigene Sektionen für „auswärtige Angelegenheiten“ besitzen.

Diese „auswärtige“ Tätigkeit der Narodna odbrana und ihrer Affilierten ist eine äußerst vielseitige.

Das, weil behördlich kontrollierbar, relativ ungefährlichste Mittel dieser Agitation sind die Vortragsreisen, welche hervorragende Vereinsmitglieder der Narodna odbrana nach den südöstlichen Teilen der Monarchie unternehmen, wo sie in verschiedenen Vereinen über nationale und kulturelle Fragen sprechen. Diese Anlässe bieten den Vortragenden die von ihnen gesuchte und wohl den vornehmlichsten Zweck dieser Reisen bildende Gelegenheit, in halben, dem Kenner verständlichen Worten und Wendungen im Sinne der wahren Tendenzen dieser Vereine zu wirken.

Unter diesen Emissären nimmt nebst anderen auch der schon mehrmals erwähnte Direktor der serbischen Staatsdruckerei Živojin Dačić eine hervorragende Stellung ein, jener Živojin Dačić, der am 8. August 1909 einen „Aufruf“ an das serbische Volk erließ, in welchem er Österreich-Ungarn als den Feind Serbiens bezeichnete und zur Vorbereitung auf den Kampf mit der Monarchie ermahnte. Wiederholt unternahm Dačić Agitationsreisen nach den südöstlichen Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie. Bei einem solchen Vortrage in Karlovci (1912) legte er seine sonst beobachtete Vorsicht ab und trat geradezu für die „Vereinigung aller Serben gegen den gemeinsamen Feind“ ein.

Bedenklicher sind die Beziehungen, welche die im Geiste der Narodna wirkenden serbischen Korporationen unter dem Deckmantel der Interessen- und Kulturgemeinschaft mit Vereinen in der Monarchie angeknüpft haben, denn die gegenseitigen deputativen oder korporativen Besuche dieser Vereine, die sich einer genaueren behördlichen Kontrolle entziehen, werden serbischerseits zu allerlei monarchiefeindlichen Machenschaften benützt.

So hat sich beispielsweise ein zu der bekannten Feier des Sarajevoer Prosvjetavereines im September 1912 (s. Beilage VI) entsendeter Delegierter der Narodna nicht gescheut, bei diesem Anlasse im geheimen bosnische Mitglieder für seinen Verein anzuwerben. Die Entsendung eines Vertreters des Kragujevacer Sokolvereines zu dieser Feier sollte den „Brüdern in Bosnien“ sagen: „Wir haben Euer nicht vergessen; die Flügel des Falken der Sumadija sind noch mächtig“; ein Gedanke, der im intimen Verkehre wohl einen ganz anderen, den früher dargelegten Tendenzen der Narodna adäquateren Ausdruck gefunden haben wird. (Siehe Beilage 3.) Was die Vorgänge anbelangt, die sich bei den in Serbien abgehaltenen Zusammenkünften dieser Art abspielen, so entziehen sich diese allerdings einer auf vollkommen sicherer Basis stehenden Kenntnis der k. und k. Behörden,

denen ja für diese Fälle nur schwer kontrollierbare konfidentielle Mitteilungen zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhange wäre des Besuches von Agramer Studenten in Serbien im April 1912 zu gedenken, der auf serbischer Seite durch die Veranstaltung eines offiziellen militärischen Empfanges, ja sogar einer Truppenparade zu Ehren dieser Studenten zu einer derart suggestiven Demonstration gestaltet wurde, daß der Verwaltungsbericht des Kragujevacer Sokolvereines sagen darf, dieses „Ereignis bedeutet den Anfang und Keim einer großen Tat, die sich in der nächsten Zukunft abspielen wird“, „ein Keim, der reifen wird, wenn die Volksseele noch mehr aufwallt“, „bis es keine Schranken gibt, die sie nicht niederreißen könnte“.

Erst vor kurzem ist es zur Kenntnis der Behörden der Monarchie gelangt, daß die Sokolvereine Serbiens einige analoge Korporationen in der Monarchie dazu bestimmt haben, sich mit ihnen in einem bisher geheim gehaltenen Verbände zu vereinigen, dessen Charakter bisher noch nicht ganz klargestellt ist, da die Erhebungen darüber derzeit noch fort dauern. Immerhin lassen die schon jetzt erzielten Ergebnisse der Nachforschungen vermuten, daß man hier einem der Wege auf die Spur gekommen ist, auf dem die subversiven Tendenzen der serbischen Sokols und ihrer Freunde einzelnen verführten und irregeleiteten Personengruppen in der Monarchie eingepflanzt werden.

Diese auf breitere Schichten gemünzte, mehr vorbereitende Propaganda tritt aber an Bedeutung gegenüber jener „auswärtigen Arbeit“ in den Hintergrund, die von der Narodna und ihren Freunden in der Agitation von Mann zu Mann geleistet wird. Hier ist jenes Gebiet, auf dem ihre traurigsten Erfolge liegen.

Durch ihre geheimen Vertrauensmänner und Emissäre trägt sie das Gift der Aufwieglung in die Kreise der Erwachsenen ebenso wie der urteilslosen Jugend.

So haben beispielsweise, von Milan Pribičević verleitet, die ehemaligen Honvedoffiziere V. B., D. K., V. N. und der kroatisch-slawnische Gendarmerieleutnant V. K. den Heeresdienst in der Monarchie unter bedenklichen Umständen verlassen und sich nach Serbien gewendet, wo sie inzwischen allerdings manche ihrer Hoffnungen getäuscht sehen und wenigstens zum Teile daran denken, in die von ihnen verratene Heimat zurückzukehren.

Die von Serbien aus in die mittleren Schulen Kroatiens und Bosniens getragene Agitation ist leider so bekannt, daß sie einer Exemplifizierung nicht bedarf. Weniger bekannt aber ist es, daß die wegen schwerer disziplinärer Vergehen aus kroatischen und bosnischen Schulen Ausgeschlossenen in Serbien mit offenen Armen aufgenommen, oft sogar von Staats wegen unterstützt und zu Feinden der Monarchie erzogen werden. Die serbischen Schulen mit ihren monarchiefeindlichen Lehrbehelfen und ihrer großen Zahl von Professoren und Lehrern, die in den Reihen der Narodna stehen, sind allerdings geeignete Anstalten zur Erziehung derartiger Adepten.

Ein besonders beachtenswerter Fall dieser Art mag hier als Beispiel Erwähnung finden. Im März 1914 waren mehrere Schüler der Lehrpräparandie in Pakrac (Kroatien) wegen eines Streikes relegiert worden. Dieselben wandten sich nach Serbien, wo sie zum Teile sofort als Lehrer Anstellungen erhielten, zum Teile in einer Lehrerbildungsanstalt untergebracht wurden. Mit monarchiefeindlichen Kreisen in Verbindung stehend, hat einer dieser Relegierten öffentlich erklärt, er und seine Leute würden zur Zeit der Anwesenheit des Herrn Erzherzog-Thronfolgers in Bosnien den Beweis liefern, daß Bosnien serbisches Land sei. Recht merkwürdig mutet es an, daß der königlich serbische Kreispräfekt in Krajna, wie hier ergänzend bemerkt sei, dreien aus dem Kreise dieser so arg kompromittierten Studenten gerade zur Zeit der Anwesenheit des Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand in Bosnien serbische Pässe ausstellte, in denen er sie fälschlich als serbische Staatsangehörige bezeichnete, obwohl er deren kroatische Heimatsberechtigung kennen mußte. Mit diesen Pässen ausgerüstet, vermochten die drei Präparandisten unbemerkt nach der Monarchie zu gelangen, wobei sie jedoch erkannt und angehalten wurden.

Mit all dem wäre aber die „auswärtige“ Tätigkeit der Narodna noch lange nicht erschöpfend charakterisiert.

Schon seit längerer Zeit war die k. und k. Regierung durch konfidentielle Meldungen darüber unterrichtet, daß die Narodna den von ihr gewünschten Krieg gegen die Monarchie auch militärisch insofern vorbereitete, als sie in der Monarchie Emissäre halte, die nach gewohnter Bandenart im Falle des Ausbruches von Feindseligkeiten die Zerstörung von Transport-Mitteln und -Einrichtungen bewirken und Revolten sowie Paniken hervorrufen sollten (s. Beilage VII).

Das im Jahre 1913 beim Kreisgerichte in Sarajevo gegen Jovo Jagličić und Genossen eingeleitete Strafverfahren wegen Verbrechens der Spionage hat die Bestätigung dieser vertraulichen Mitteilungen gebracht. So wie zur Zeit ihrer Gründung, steht auch heute noch die Vorbereitung des Bandenkrieges auf dem Programme der Narodna, wozu noch ergänzend die Entwicklung einer Spionagetätigkeit trat.

So ist das heutige sogenannte „reorganisierte Programm“ der Narodna in Wahrheit ein erweitertes Programm.

Aus dieser Atmosphäre des offen und geheim geschürten Hasses gegen die Monarchie, verbunden mit einer sich jenseits aller Verantwortlichkeit dünkenden Agitation, die im Kampfe gegen Österreich alle Mittel für zulässig erachtet und hierbei ganz ungescheut den gemeinen Mord als deren wirksamstes empfiehlt, mußten schließlich auch ohne weiteres Zutun der monarchiefeindlichen Kreise Serbiens Akte des Terrorismus entstehen.

Am 8. Juni 1912 gab Lukas Jukić gegen den königlichen Kommissär in Agram, von Cuvaj, einen Schuß ab, durch den der im Wagen sitzende Banalrat von Hervoic tödlich verletzt wurde. Auf der Flucht erschöß Jukić einen ihn verfolgenden Polizeimann und verletzte zwei weitere.

Wie aus der öffentlich durchgeführten Hauptverhandlung bekannt ist, finden sich in den Ideen des Jukić die grundlegenden Gedanken der von der Narodna odbrana propagierten Pläne wieder. Wenn sich Jukić auch schon seit einiger Zeit mit Attentatsplänen trug, so kamen diese doch erst zur Reife, als er am 18. April 1912 den Ausflug der Agramer Studenten nach Belgrad mitgemacht hatte. Bei den zu Ehren der Besucher veranstalteten Festlichkeiten war Jukić zu verschiedenen Personen in Beziehung getreten, die dem Kreise der Narodna angehörten und mit denen er politische Gespräche führte. Wenige Tage später war Jukić wieder in Belgrad und hier erhielt er von einem serbischen Major eine Bombe und von einem Genossen die Browningpistole, mit der er das Attentat vollführte.

Die in Agram aufgefundene Bombe war nach dem Gutachten der Sachverständigen in einem Arsenele zu militärischen Zwecken erzeugt worden.

Noch war der Anschlag des Jukić nicht vergessen, als am 18. August 1913 der aus Amerika zugereiste Stephan Dojčić in Agram ein Attentat gegen den königlichen Kommissär Baron Skerleci verübte — eine Tat, die der von Serbien aus organisierten Verhetzung der in Amerika lebenden Südslawen entsprang — gleichfalls ein Werk der „auswärtigen“ Propaganda der Narodna.

Die von dem Serben T. Dimitrijević verfaßte, in Chicago gedruckte Broschüre mit ihren maßlosen Ausfällen gegen Seine k. und k. Apostolische Majestät und ihrer Aufforderung an die Serben der Monarchie, im Hinblick auf ihre baldige „Befreiung“ nach Serbien heimzuwandern, zeigt den Parallelismus dieser in Amerika mit voller Freiheit der Bewegung betriebenen, von Serbien aus geleiteten Propaganda und einer, die von Serbien aus in die Gebiete der Monarchie getragen wird.

Und wieder kaum nach Jahresfrist war Agram der Schauplatz eines, diesmal mißglückten Attentates.

Am 20. Mai 1913 versuchte Jakob Schäfer im Agramer Theater einen Anschlag auf den Banus Freiherrn von Skerlecz, woran er im letzten Augenblicke durch einen Polizeibeamten gehindert wurde. Die Untersuchung ergab den Bestand eines Komplottes, dessen Seele Rudolf Hercigonja war. Aus den Aussagen Hercigonjas und seiner fünf Mitangeklagten ergab sich, daß auch dieses Attentat seinen Ausgang von Serbien nahm.

An einem gescheiterten Versuche zur Befreiung des Jukić beteiligt, war Hercigonja nach Serbien geflüchtet (Oktober 1912), wo er gemeinsam mit seinem Komplizen Marojan Jaksic mit Komitatschis und Mitgliedern der Narodna verkehrte. Wie schon so oft bei den durch viel zu frühe Beschäftigung mit Fragen der Politik überhitzten jugendlichen Gemütern, war das Ergebnis dieses korrumpierenden Verkehrs auch diesmal ein unheilvolles. Hercigonja kehrte mit dem in Belgrad verkündeten Dogma zurück, daß die südslawischen Länder Österreich-Ungarns von der Monarchie abgetrennt und mit dem Königreiche vereinigt werden müßten.

Dazu hatte er in dem Kreise, in dem er dort verkehrte, die Lehre eingesogen, daß dieses Ziel durch die Ausführung von Attentaten auf hochstehende Persönlichkeiten und führende Politiker der Monarchie anzustreben sei, da es nur durch diese Mittel verwirklicht werden könne.

In diesem Sinne wirkte dann Hercigonja in Agram auf seine Freunde ein, deren einige er für seine Ideen gewann. Im Vordergrund seiner Pläne stand die Verübung eines Anschlages auf den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand.

Wenige Monate vorher waren gegen Luka Aljinović Erhebungen wegen hochverräterischer Propaganda geführt worden. Im Zuge dieses Verfahrens hatten drei Zeugen ausgesagt, Aljinović habe vor ihnen erklärt, er hätte in Belgrad zu Propagandazwecken, speziell aber zur Ausführung eines Attentats von der Narodna 100 Dinar und die gleiche Summe von einer geheimen Studentenvereinigung bekommen.

Man sieht, wie sich die verbrecherische Agitation der Narodna und der ihr Gleichgesinnten in letzter Zeit auf die Person des Erzherzog-Thronfolgers konzentrierte.

Aus allen diesen Feststellungen gelangt man zu dem Schlusse, daß die Narodna odbrana mit den um sie gruppierten monarchiefeindlichen Kreisen Serbiens seit kurzem den Zeitpunkt für gekommen erachtete, die von ihr verbreiteten Lehren durch Taten verwirklichen zu lassen.

Beachtenswert ist aber, daß sie sich hiebei damit begnügte, für diese Taten die Anregungen zu geben und dort, wo diese Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen waren, die materiellen Hilfsmittel zu deren Verwirklichung beizustellen, daß sie aber die einzige gefährliche Rolle bei dieser Propaganda der Tat ausschließlich der von ihr verhetzten und verführten Jugend der Monarchie zuschob, die ganz allein die Lasten dieses traurigen „Heldentums“ zu tragen hat.

Alle Züge dieser Mache finden sich in der Entstehungsgeschichte des tiefbetäubenden Attentates vom 28. Juni wieder.

Princip und Grabež tragen den Typus der schon in der Schule von den Gedanken der Narodna vergifteten Jugend.

In Belgrad, im Kreise einer von diesen Ideen erfüllten Studentenschar verkehrend, trug sich Princip mit Attentatsplänen gegen den Herrn Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand, gegen den sich damals aus Anlaß seiner Reise nach den annektierten Ländern der Haß der monarchiefeindlichen Elemente Serbiens besonders akzentuiert hatte.

Ihm gesellte sich der im selben Kreise verkehrende Čabrinović bei, dessen radikal-revolutionäre Ansichten nach seinem eigenen Geständnisse in die gleiche monarchiefeindliche und zur Propaganda der Tat neigende Richtung gedrängt wurde.

Soweit aber dieses Komplott auch gediehen und so fest der Entschluß der Verschwörer auch gewesen sein mag, zur Ausführung des Attentates zu schreiten, so wäre es doch nie zu dessen Verübung gekommen, wenn sich nicht, gleichwie im Falle Jukić, Leute gefunden hätten, die den

Komplizen die Mittel zur Verübung des Anschlages zur Verfügung gestellt hätten. Denn es fehlte ihnen wie Princip und Čabrinović ausdrücklich bestätigten, an den nötigen Waffen, ebenso aber auch an Geld zu deren Anschaffung.

Interessant ist es nun zu sehen, wo sich die Komplizen ihre Werkzeuge zu verschaffen suchten. Milan Pribičević und Živojin Dačić, diese beiden führenden Männer der Narodna, waren die ersten, an die sie als sichere Helfer in ihrer Not dachten, offenbar deshalb, weil es im Kreise der Attentatslustigen bereits zur Tradition geworden ist, die Mordwerkzeuge von diesen Repräsentanten der Narodna zu beziehen. Der zufällige Umstand, daß diese beiden Männer zur kritischen Zeit nicht in Belgrad weilten, vereitelte allerdings diesen Plan, doch waren Princip und Čabrinović deshalb nicht verlegen, eine andere Unterstützungsstelle zu finden, jenen Milan Čiganović, einen gewesenen Komitatschi, jetzt Beamten der serbischen Eisenbahndirektion in Belgrad, gleichfalls ein aktives Mitglied der Narodna odbrana.

Dieser und durch dessen Vermittlung sein Freund, der schon mehrmals genannte königlich serbische Major Voja Tankosić, ebenfalls einer der Führer der Narodna (Beilage 5), der im Jahre 1908 Leiter der Bandenschule in Čuprija gewesen war, erscheinen nun als geistige Leiter des Komplotts. Nur ein leises Bedenken hatten sie zuerst — ob die drei Verschwörer auch fest entschlossen wären, die Tat zu wagen — ein Bedenken, das unter ihrer suggestiven Mithilfe allerdings bald schwand. Dann aber waren sie zu jeder Hilfe bereit. Tankosić stellte 4 Brownings mit Munition und Reisegeld zur Verfügung; 6 Handgranaten aus serbischen Armeebeständen bildeten die Vervollständigung der Ausrüstung, eine Bewaffnung, die nach ihrer Zusammenstellung und Herkunft Reminiszenzen an den Fall Jukić wachruft. Um den Erfolg der Aktion besorgt, verfügte Tankosić die Unterweisung der Verschwörer im Schießen. Eine spezielle, nicht erbetene Fürsorge entwickelten aber Tankosić und Čiganović zur Geheimhaltung des Komplottes: sie stellten Zyankali* mit der Weisung bei, daß sich die Täter nach vollbrachtem Anschlag damit entleiben sollten, ein Akt der Fürsorge, der in erster Linie ihnen zugute kommen mußte, da die Wahrung des Geheimnisses sie auch noch den geringen Gefahren entrückte, die sie bei dieser Unternehmung auf sich nehmen mußten. Der sichere Tod für die Opfer ihrer Verführung, die volle Sicherheit für sich, das ist die bereits bekannte Devise der Narodna.

Um die Ausführung des Attentatsplanes zu ermöglichen, mußten die Bomben und Waffen unbemerkt nach Bosnien eingeschmuggelt werden. Auch hier tritt Čiganović helfend auf, er schreibt den Verschwörern eine

* Dieser Wortlaut ist dem in deutscher Sprache übergebenen Original des Memorandums entnommen. In der französischen Übersetzung heißt es: „Ils apostèrent Zian Kali avec l'indication que les deux auteurs...“ Das den Verschwörern zur Verfügung gestellte Zyankali wurde also vom Übersetzer für einen Mitverschworenen gehalten.

genaue Reiseroute vor und sichert ihnen für ihr Einschleichen nach Bosnien die Unterstützung der serbischen Grenzbehörden. Die Art, wie dieser selbst von Princip als „mysteriös“ bezeichnete Transport organisiert war und durchgeführt wurde, läßt keinen Zweifel darüber offen, daß dies ein wohl vorbereiteter und für die geheimnisvollen Zwecke der Narodna odbrana schon oft begangener Schleichweg war. Mit einer Selbstverständlichkeit und Sicherheit, die nur der Gewohnheit entspringen können, stellten die Grenzhauptleute in Šabac und Ložnica ihren Verwaltungsapparat für diesen Zweck zur Verfügung. Ohne Störungen vollzog sich dieser geheimnisvolle Transport mit seinem komplizierten System von stets wechselnden Führern, die wie durch Zauberkraft herbeigerufen, immer zur Stelle waren, wenn man sie brauchte. Ohne nach dem Zwecke dieser merkwürdigen Reise einiger unreifer Studenten zu fragen, ließen die serbischen Behörden, auf die Weisung des ehemaligen Komitatschi und untergeordneten Bahnbeamten Čiganović hin, diesen glatt funktionierenden Apparat spielen. Sie brauchten übrigens nicht zu fragen, denn nach den erhaltenen Weisungen war ihnen wohl klar, daß hier wieder eine „Mission“ der Narodna zu erfüllen war. Der Anblick des Arsenal von Bomben und Revolvern entlockte denn auch dem Finanzwachmanne Grbic nur ein wohlwollend zustimmendes Lächeln, wohl ein ausreichender Beweis dafür, wie sehr man auf dieser „Straße“ an den Anblick derartiger Konterbande gewöhnt war.

Schwere Schuld hat die Königlich serbische Regierung auf sich geladen, als sie all dies geschehen ließ.

Zur Pflege freundnachbarlicher Beziehungen zu Österreich-Ungarn verpflichtet, hat sie ihrer Presse gestattet, den Haß gegen die Monarchie zu verbreiten; hat sie es zugelassen, daß auf ihrem Boden etablierte Vereinigungen unter Führung hoher Offiziere, Staatsbeamter, Lehrer und Richter öffentlich eine Kampagne gegen die Monarchie führen, die auf die Revolutionierung ihrer Bürger abzielt; hat sie es nicht verhindert, daß an der Leitung ihrer Militär- und Zivilverwaltung beteiligte, aller moralischen Hemmungen bare Männer das öffentliche Gewissen derart vergiften, daß ihm in diesem Kampfe der gemeine Meuchelmord als die beste Waffe scheint.

Nr. 75^{bis}

Halbamtliche Mitteilung des Preßbureaus

Wien, den 28. Juli 1914

Der österreichische Gesandte in Belgrad hat gleich nach seiner Rückkehr nach Wien den Wortlaut der serbischen Antwort vorgelegt.

Diese Antwort ist von einem Geiste mangelnder Aufrichtigkeit erfüllt: sie läßt erkennen, daß die serbische Regierung nicht die ernsthafte

Absicht hat, der sträflichen Duldung, zufolge deren die antiösterreichischen Umtriebe möglich wurden, ein Ende zu setzen. Die serbische Antwort enthält so viel Einschränkungen und Vorbehalte nicht nur, was das österreichisch-ungarische Vorgehen im Prinzip betrifft, sondern auch bezüglich der von Österreich aufgestellten Forderungen, daß die gemachten Zugeständnisse ohne Bedeutung sind.

Insbesondere weigert sich Serbien unter nichtigem Vorwande, die Teilnahme österreichisch-ungarischer Organe an der Verfolgung der auf serbischem Gebiete lebenden Urheber der Attentate zuzulassen.

Ebenso kommt die serbische Antwort auf die Forderung, den feindlichen Umtrieben der Presse ein Ende zu setzen, einer Ablehnung gleich.

Die Forderung bezüglich der verlangten Maßnahmen, damit die Österreich-Ungarn feindlichen Vereine nach ihrer Auflösung nicht unter anderm Namen und in anderer Form ihre Tätigkeit fortsetzen könnten, ist nicht einmal berücksichtigt worden.

Da diese Forderungen das zur Wiederherstellung der dauernden Ruhe im Südosten der Monarchie unerläßliche Minimum darstellen, wird die serbische Antwort als ungenügend betrachtet.

Die serbische Regierung ist sich übrigens dessen bewußt, da sie die Regelung des Konflikts auf dem Wege des Schiedsgerichts in Aussicht nimmt, und da sie an dem Tage, an dem die Note überreicht werden mußte und noch vor der Überreichung, die Mobilisation verfügt hatte.

Nr. 75a

*Der französische Außenminister an den Herrn Generalresidenten
in Rabat*

Paris, den 27. Juli 1914*

Für den Fall eines Kontinentalkrieges müssen alle Ihre Bemühungen darauf gerichtet sein, in Marokko nur das Minimum der unentbehrlichsten Kräfte zu lassen. — Das Schicksal Marokkos wird in Lothringen entschieden.

Die Besetzung Marokkos muß sich auf die der wichtigsten Küstenhäfen, und, wenn möglich, auf die Verbindungslinie Kenitra Mekues Fez Oudjda beschränken.

Alle Häfen zweiten Ranges und alle vorgeschobenen franz. Bezirke müssen vorübergehend aufgegeben werden. Es muß Ihre erste Aufgabe sein, Ausländer und Franzosen aus dem Inneren in den Küstenhäfen zusammenzuziehen, um ihre Sicherheit zu wahren.

* Dieses Telegramm ist entnommen: Les Armées Françaises dans la Grande Guerre. Tome I, 1^{er} volume, Imprimerie Nationale, Paris 1925, Annexe 12.

Indem ich Ihnen diese Direktiven mitteile, bitte ich Sie, mich Ihre Maßnahmen wissen zu lassen und die Stärke der Kräfte, die Sie in Casa-blanca einschiffen oder über Taza oder Ost-Marokko nach Oran leiten können und in welchen Fristen.

Im Falle einer Verschärfung der gegenwärtigen Lage rechnet die Regierung auf Ihre Umsicht und auf Ihren Patriotismus als Franzose und als Lothringer, um bei der Verteidigung des Vaterlandes in weitestem Maße mitzuwirken.

gez.: A. Ferry*

Nr. 75b

*Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

London, den 27. Juli 1914

„Zur gegenwärtigen Stunde (hatte ein anderes Mitglied des englischen Kabinetts, Sir A. Nicolson, gesagt) entgeht den Engländern die europäische Seite der Affäre. Sie werden sie später verstehen, vielleicht zu spät. Wir sind von der öffentlichen Meinung abhängig, die sich empören würde, wenn Deutschland Frankreich angreifen würde. Aber es handelt sich um Serbien, für das sie sich nicht interessieren und für das sie sich weigern würden, die Waffen zu ergreifen**.“

Nr. 75c

*Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

London, den 27. Juli 1914

„Man sagt hier, daß Wilhelm II. in der Erregung, hervorgerufen durch die Ermordung des Erzherzogs, Österreich eine Art Blankovollmacht gegeben habe. Die Minister würden ohne ausdrücklichen Befehl nicht wagen, die vom Kaiser damals erteilten Richtlinien abzuändern. Das Berliner Kabinett erwartet die Rückkehr des Kaisers***.“

Nr. 76

*Herr René Viviani, Ministerpräsident,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

An Bord der „France“, den 28. Juli 1914

Ich erhielt über Kopenhagen Ihr, die Ereignisse vom Sonnabend zusammenfassendes Telegramm, das Telegramm mit dem Bericht über den

* Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen.

** Dieser Telegrammauszug ist im Senatsbericht Seite 57 bei Bourgeois et Pagès Seite 58 veröffentlicht.

*** Dieser Telegrammauszug ist veröffentlicht bei Bourgeois et Pagès Seite 114 und Seite 123 und im Senatsbericht Seite 107 und Seite 113.

letzten Besuch des deutschen Botschafters, dasjenige über die Vermittlung, die Rußland Serbien nachzusuchen rät, und über die englischen Schritte in Rußland, ebenso wie Ihr heute morgen mir direkt vom Eiffelturm her zugekommenes Telegramm.

Ich billige vollkommen die Antwort, die Sie dem Baron von Schoen gaben; der Grundsatz, den Sie vertreten haben, bedarf keines Beweises: In dem Bestreben, eine friedliche Beilegung des Streitfalles zu suchen, sind wir vollständig einig mit Rußland, das für die gegenwärtige Lage nicht verantwortlich ist und bisher keinerlei Maßnahmen getroffen hat, die den geringsten Verdacht erregen könnten; aber es ist klar, daß sich Deutschland demgegenüber nicht weigern kann, der österreichischen Regierung, deren Vorgehen die Krise eröffnet hat, Ratschläge zu geben.

Es ist deshalb angebracht, dem deutschen Botschafter gegenüber auch weiterhin die gleiche Sprache zu führen. Dieser Rat steht übrigens im Einklang mit dem in Ihrem Telegramm erwähnten doppelten Vorschlag Englands. Ich billige die von Sir Edward Grey vorgeschlagene Kombination durchaus und ersuche Herrn Paul Cambon direkt, es ihn wissen zu lassen. Es ist wesentlich, daß man in Berlin und Wien wisse, daß den Bestrebungen, die die englische Regierung verfolgt, um eine Lösung des österreichisch-serbischen Konfliktes zu suchen, unsere volle Mitwirkung gesichert ist. Die Aktion der vier weniger beteiligten Mächte kann aus den oben angeführten Gründen nicht in Wien und Petersburg allein unternommen werden. Mit dem Vorschlag, sie auch in Belgrad durchzuführen, was zudem tatsächlich sagen will: zwischen Wien und Belgrad trifft Sir Edward Grey den springenden Punkt, und, indem er Petersburg nicht ausschließt, bietet er andererseits Deutschland die Möglichkeit, in aller Würde von dem Schritt zurückzutreten, durch den die deutsche Regierung in Paris und London wissen ließ, sie betrachte die Angelegenheit als rein österreichisch-serbisch und lege ihr keinen allgemeinen Charakter bei.

Ich bitte Sie, das vorliegende Telegramm unsern Vertretern bei den Großmächten und unserm Gesandten in Belgrad mitzuteilen.

René Viviani

Nr. 77

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten, an Bord der „France“*

Paris, den 28. Juli 1914

Trotz der sowohl in Berlin wie in Paris von den deutschen Vertretern gegebenen Versicherungen, ihre Regierung wünsche bei den Bemühungen zur Erhaltung des Friedens mitzuwirken, ist von ihrer Seite keine ernsthafte Aktion erfolgt, um Österreich zurückzuhalten. Der englische Vorschlag, der in einer Aktion der vier weniger beteiligten Mächte besteht,

um eine Einstellung der militärischen Operationen in Wien, Belgrad und Petersburg zu erlangen, und in der Einberufung einer Londoner Konferenz der Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Italiens unter dem Vorsitz Sir Ed. Greys, zur Beratung einer Lösung für die österreichisch-serbischen Verwicklungen, begegnet in Berlin Einwendungen, die sie zum Scheitern bringen müssen.

Der österreichische Botschafter hat einen Schritt unternommen, um mitzuteilen, seine Regierung werde morgen energische Maßnahmen ergreifen, um Serbien zu zwingen, ihr die von dieser Macht geforderte Genugtuung und Garantie zu geben; Graf Szécsen hat sich über die Art dieser Maßnahmen nicht ausgesprochen; nach dem Bericht unseres Militärattachés in Wien scheint die Mobilisation ab 28. Juli beschlossene Sache.

Bienvenu-Martin

Nr. 78

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Außern,
an die französischen Botschafter in London, Berlin, Petersburg,
Wien und Rom*

Paris, den 28. Juli 1914

Ich hatte heute morgen wieder den Besuch des deutschen Botschafters; er sagte mir, er habe mir keine Mitteilung, keinen offiziellen Vorschlag zu machen, sondern er komme, wie am Vorabend, um sich über die Lage und über die Mittel zur Vermeidung nicht wieder gutzumachender Handlungen zu besprechen. Über die Absichten Österreichs befragt, erklärte er, sie nicht zu kennen und nicht zu wissen, welcher Art Zwangsmaßnahmen es vorbereite.

Nach den Worten des Baron von Schoen wünscht Deutschland nichts anderes als mit Frankreich gemeinsam für die Erhaltung des Friedens zu wirken. Auf die ihm gemachte Bemerkung, England habe einen Vermittlungsvorschlag der vier Mächte zur Sprache gebracht, dem wir uns angeschlossen und dem grundsätzlich auch Italien und Deutschland zugestimmt hätten, sagte der Botschafter, Deutschland wünsche in der Tat nichts anderes, als sich dem Vorgehen der Mächte anzuschließen, vorausgesetzt, daß dieses Vorgehen nicht die von Österreich zurückgewiesene Form eines Schiedsverfahrens oder einer Konferenz annehme.

Ich antwortete, wenn das eine Wort allein die österreichische Regierung zurückhalte, so könne das Ziel mit anderen Mitteln erreicht werden; die deutsche Regierung sei gewiß in der Lage, Österreich zu ersuchen, daß es den Mächten Zeit lasse zu intervenieren und eine Verständigung zu ermitteln.

Herr von Schoen bemerkte darauf, er habe keine Weisungen und wisse nur, daß Deutschland sich weigere, auf Österreich, das keine Konferenz

wolle, einen Druck auszuüben. Er wirft den französischen Blättern vor, sie schrieben Deutschland eine Haltung zu, die es nicht einnehme, indem sie behaupteten, Deutschland treibe Österreich; zweifellos billige es dessen Haltung, aber es habe dessen Note nicht gekannt; es könne Österreich nicht zu schroff zurückhalten, da dieses der Garantien gegen die serbischen Treibereien bedürfe.

Bienvenu-Martin

Nr. 79

*Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern,
an Herrn Dumaine, französischer Botschafter in Wien*

Paris, den 28. Juli 1914

Sie kennen aus den Ihnen zugegangenen Telegrammen unserer Botschaften den englischen Vorschlag betreffend einer Vermittlung zu vieren und der Konferenz in London sowie auch unsere Zustimmung zu diesem Vorschlag, ferner Italiens bedingte Annahme und die Vorbehalte seitens Berlin.

Ich bitte Sie, diesbezüglich mit Ihrem englischen Kollegen in Fühlung zu bleiben, der die nötigen Weisungen erhalten hat, um bei der österreichisch-ungarischen Regierung den englischen Vorschlag vorzubringen, sobald seine drei Kollegen die Ermächtigung zu dem gleichen Vorgehen erhalten haben werden. Sie wollen sich nach seinem Verhalten richten.

Bienvenu-Martin

Nr. 80.

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

London, den 28. Juli 1914

Sir Ed. Grey hat gestern meine Kollegen, die Botschafter Österreich-Ungarns und Deutschlands, empfangen. Der erstere beharrte darauf, zu behaupten, die serbische Antwort sei unannehmbar. Der letztere führte eine analoge Sprache wie Herr von Schoen in Paris. Er betonte die Nützlichkeit einer zur Mäßigung mahnenden Aktion Englands in Petersburg. Sir Ed. Grey antwortete ihm, Rußland habe sich seit dem Beginn der Krise sehr gemäßigt gezeigt, vor allem in seinen Ratschlägen an die serbische Regierung, und es wäre ihm sehr unangelegen, ihm Friedensratschläge zukommen zu lassen. Er fügte bei, vor allem in Wien gezieme es sich zu handeln und die Mithilfe Deutschlands sei dazu unerläßlich.

Andererseits telegraphierte der englische Botschafter in Petersburg, Herr Sasonow habe dem österreichischen Botschafter eine Besprechung

über die serbische Angelegenheit vorgeschlagen. Diese Nachricht wurde bestätigt durch die Mitteilung des englischen Botschafters in Wien, wonach eine erste Unterredung zwischen dem russischen Minister des Äußern und Graf Szapary am Ballplatz einen guten Eindruck gemacht habe.

Sir Ed. Grey und Sir A. Nicolson sagten mir, man könnte sich beglückwünschen, wenn zwischen Petersburg und Wien ein direktes Einvernehmen erzielt werden könnte, aber sie äußerten einige Zweifel an dem Erfolg der Initiative des Herrn Sasonow.

Von Sir G. Buchanan über die eventuelle Einberufung der Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens zu einer Konferenz in London, um einen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage zu suchen, befragt, antwortete Herr Sasonow, „er habe unter — wie er hoffe — günstigen Bedingungen Unterhandlungen mit dem österreichischen Botschafter angeknüpft; er habe indessen auf seinen Vorschlag einer Revision der serbischen Note durch die beiden Kabinette noch keine Antwort erhalten.“ Sollten sich direkte Auseinandersetzungen mit der Wiener Regierung nicht verwirklichen lassen, so erklärt sich Herr Sasonow bereit, den englischen Vorschlag oder irgendeinen anderen, der den Streitfall auf günstige Weise beizulegen geeignet wäre, anzunehmen.

Es wäre aber in jedem Falle sehr wünschenswert, daß diese direkten Verhandlungen, in einem Augenblicke, wo die geringste Verzögerung so ernsthafte Folgen haben kann, in einer Weise geführt würden, daß die Bemühungen Sir Ed. Greys nicht gehemmt werden und Österreich nicht einen Vorwand erhalte, sich der freundschaftlichen Intervention der vier Mächte zu entziehen.

Als der englische Botschafter in Berlin bei Herrn von Jagow darauf bestand, die Zustimmung zu dem Vorschlag von Sir Ed. Grey zu erlangen, antwortete der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amts, man müsse das Ergebnis der zwischen Petersburg und Wien eröffneten Verhandlungen abwarten. Sir Ed. Grey beauftragte infolgedessen Sir Ed. Goschen, für den Augenblick seine Schritte einzustellen. Übrigens läßt die Mitteilung, daß Österreich soeben seine Kriegserklärung an Serbien amtlich notifiziert hat, die Frage in eine neue Phase eintreten.

Paul Cambon

Nr. 81

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern*

Berlin, den 28. Juli 1914

Die Unterredung zwischen Herrn Sasonow und dem Grafen Szapary ist durch den russischen Geschäftsträger zur Kenntnis von Herrn von Jagow gebracht worden. Der Staatssekretär sagte ihm darauf, da nach

Ablauf des österreichischen Ultimatums die Wiener Regierung weitere Unterhandlungen mit der Petersburger Regierung nicht ablehne, so könne man in Übereinstimmung mit den Bemerkungen des deutschen Botschafters in Rußland wohl Ursache haben, zu hoffen, daß Graf Berchtold seinerseits mit Herrn Schebeko sich besprechen und so ein Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten ausfindig gemacht werden könne. Der russische Geschäftsträger begrüßt diese Stimmung der Gemüter, die den Wünschen Herrn von Jagows entspricht, Wien und Petersburg sich direkt verständigen und Deutschland aus dem Spiel zu lassen. Man muß sich nur fragen, ob Österreich nicht Zeit zu gewinnen sucht, um seine Vorbereitungen zu treffen.

Ich habe heute den Schritt meines englischen Kollegen bei dem Staatssekretär unterstützt. Dieser antwortete mir, wie Sir Ed. Goschen, es sei ihm unmöglich, dem Gedanken einer Art Botschafterkonferenz der vier Mächte zuzustimmen, und daß man daher dem englischen Vorschlag eine andere Form geben müsse, um seine Verwirklichung zu ermöglichen. Ich führte ihm die Gefahr einer Verzögerung vor Augen, die den Krieg herbeiführen könne, und fragte ihn, ob er ihn wünsche. Er verwahrte sich dagegen und fügte hinzu, daß die unmittelbaren Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg eröffnet seien und er von ihnen von jetzt an einen günstigen Fortgang erwarte.

Der englische und der italienische Botschafter besuchten mich heute morgen gemeinsam, um mir die Unterredungen, die sie gestern über den Vorschlag Sir Ed. Greys mit Herrn von Jagow gehabt hatten, mitzuteilen. Der Staatssekretär hat, alles in allem genommen, ihnen gegenüber die gleiche Sprache geführt wie zu mir: grundsätzlich einverstanden mit einem gemeinsamen Vorgehen mit England, Italien und uns, weist er indessen jeden Gedanken an eine Konferenz zurück.

Meine Kollegen und ich haben gedacht, es handle sich hier nur um eine Formsache, und der englische Botschafter wird seiner Regierung empfehlen, den Vorschlag anders zu fassen, der den Charakter eines diplomatischen Schritts in Wien und Petersburg annehmen könnte.

Angesichts des Widerstandes, den Herr von Jagow jedem Vorgehen in Wien entgegensetzt, könnte ihn Sir Ed. Grey in die Enge treiben und ihn bitten, selbst die Form vorzuschlagen, wie das diplomatische Vorgehen der Mächte zur Vermeidung des Krieges durchgeführt werden könnte.

Wir müssen uns allen Bemühungen zugunsten des Friedens, die sich mit unseren Verpflichtungen unserem Verbündeten gegenüber vereinbaren lassen, anschließen; aber um die Verantwortung dort zu lassen, wo sie ist, ist es wichtig, von Deutschland die genaue Erklärung darüber zu verlangen, was es will.

Jules Cambon

Nr. 82

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Außern*

Petersburg, den 28. Juli 1914

Die österreichisch-ungarische Regierung hat auf den Vorschlag der russischen Regierung bezüglich der Eröffnung direkter Unterhandlungen zwischen Petersburg und Wien noch nicht geantwortet.

Herr Sasonow hat heute nachmittag die Botschafter Deutschlands und Österreich-Ungarns empfangen; der Eindruck, den er von seiner doppelten Unterhaltung zurückbehalten hat, ist schlecht. „Österreich will,“ sagte er mir, „entschieden nicht unterhandeln.“

Nach einer Besprechung, die ich soeben mit meinen beiden Kollegen gehabt habe, habe ich den gleichen pessimistischen Eindruck.

Paléologue

Nr. 83

*Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Außern*

Wien, den 28. Juli 1914

Graf Berchtold hat soeben Sir M. de Bunsen die Erklärung abgegeben, jede Intervention, die auf Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Österreich und Serbien auf Grund der serbischen Antwort abziele, wäre fruchtlos und käme übrigens zu spät, da der Krieg am Mittag amtlich erklärt worden sei.

Die Haltung meines russischen Kollegen hat sich bis jetzt nicht geändert, es handelte sich seiner Ansicht nach nicht darum, den Konflikt zu lokalisieren, sondern darum, ihn zu verhindern. Die Kriegserklärung wird die Einleitung der Verhandlungen zu vieren ebenso wie auch die Fortsetzung der unmittelbaren Unterhandlungen zwischen Herrn Sasonow und Graf Szapary sehr erschweren.

Man schützt hier vor, daß die Formel, welche die Zustimmung Deutschlands erlangen zu können schien — „Vermittlung zwischen Österreich und Rußland“ —, die Unzuträglichkeit habe, zwischen diesen beiden Reichen das Vorhandensein eines Konfliktes festzustellen, der bis zur Stunde nicht bestehe.

Von allen Verdachtsmomenten, die Österreichs plötzlicher und gewaltsamer Entschluß erweckt hat, ist das beunruhigendste, daß Deutschland zum Angriff auf Serbien gedrängt habe, um selbst unter den nach seinem Dafürhalten günstigsten Umständen und unter wohl erwogenen Bedingungen mit Rußland und Frankreich selbst in den Kampf eintreten zu können.

Dumaine